

Axel Salheiser (13. Januar 2019)

Fließende Übergänge der Demokratiegefährdung: Die „Kulturrevolution von rechts“ und die Rolle der AfD Thüringen

1. Die AfD – eine „normale“ Partei?

„Rechtspopulismus“ kann als eine Strategie der *Selbstinszenierung*, der *diskursiven Landnahme* und der *Herstellung gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit* verstanden werden. Diesem Verständnis nach wäre „der Rechtspopulismus“ *keine* von „dem Rechtsextremismus“ abgrenzbare politische Ideologie, Bewegung oder Parteienkategorie (Bischoff et al. 2015). Die begriffliche Unterscheidung zwischen „rechtspopulistischen“ und „rechtsextremen“ Parteien oder Bewegungen suggeriert, dass die mit dem „Rechtspopulismus“ assoziierten politischen Entwicklungen keine *schwerwiegenden* gesellschaftlichen Folgen hätten. In Bezug auf den Gegenstand der *Demokratiegefährdung* hat sich dieses Bild einer „gemäßigten Rechten“ allerdings als trügerisch herausgestellt.

Die sogenannte „Neue Rechte“ galt – warnenden Stimmen zum Trotz – lange Zeit als Ansammlung *skurriler Sonderlinge*; als eine unerwünschte Modeerscheinung, die wenig Substanzielles hervorbringe und wegen ihrer Marginalität auf längere Sicht keine wirkliche Gestaltungsmacht beanspruchen könne. Doch gerade der prägende Einfluss auf die Gesellschaft ist mittlerweile Realität geworden; er hat bereits eine grundlegende Diskursverschiebung bewirkt. Weder unterscheiden sich die „alte“ und die „neue“ Rechte wesentlich nach ihren ideologischen Grundlagen oder ihren politischen Zielsetzungen (Holtmann 2018, Priester 2016), noch ließe sich von voneinander abgegrenzten, sich gegenseitig ausschließenden Personengruppen bzw. organisationalen Netzwerken sprechen. Im Gegenteil: Es bestehen sehr deutliche Kontinuitäten, enge institutionelle Verflechtungen und große personelle Überschneidungen; einzig eine *Stilveränderung* hat stattgefunden. So oberflächlich die „Modernisierung“ der „Rechten“ sein mag, so erfolgreich war sie. Diese *Breitenwirkung* zeigt sich in Wahlergebnissen der **Alternative für Deutschland (AfD)** sowie in tiefgreifenden Veränderungen der öffentlichen Debattenkultur und der gesellschaftlichen Diskurse, die auch Thüringen erfasst haben.

Die politikwissenschaftliche Extremismustheorie mit ihren engen schematischen und deshalb teilweise unrealistischen Abgrenzungen und Zuschreibungen, vor allem mit ihrer letzten Endes schlichtweg falschen Metaphorik der „Mitte“ und der „linken“ und „rechten“ „Ränder“, hat erheblich zu dieser *schleichenden Mobilisierung* beigetragen (Kiess 2011). Durch sie wurde jahrzehntelang der Blick für die Anschlussfähigkeit der „Rechtspopulist_innen“ an autoritäre und ethnozentrische Einstellungen und Verhaltensdispositionen sowie *Ideologien der Ungleichwertigkeit* versperrt, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind und bei denen z.B. ein *fließender Übergang* zwischen vermeintlich „bürgerlich-gemäßigtem Rechtskonservatismus“ und „extremen“ Positionen nachweisbar ist (Zick et al. 2016; Reiser et al. 2018; Wiedemann 1996). Die schematische Grenzziehung hatte einerseits insofern instrumentellen Charakter, dass die „Mitte“ zum Hort der Demokratie

und einer staatstragenden Stabilität und Immunität gegen Radikalisierung stilisiert wurde. Andererseits wurde der Verharmlosung „rechter“ oder „rechtsradikaler“ Tendenzen Vorschub geleistet, die im klar definierten Kategoriensystem der staatlichen Sicherheitsbehörden eben nicht zweifelsfrei als „extremistisch“ (also quasi-kriminell) identifizierbar schienen.¹ So reicht bisweilen noch heute – ungeachtet tatsächlich vertretener Inhalte und sogar trotz bestimmter manifester Verhaltensweisen – bereits eine emphatische Bezugnahme auf die „Mitte“ bzw. auf das „Grundgesetz“ aus, um sich dem *Extremismusverdacht* – und damit allzu oft: inhaltlicher Kritik – wirkungsvoll zu entziehen. Nicht zuletzt genügt offenbar auch ein Wahlergebnis, das deutlich über zehn Prozent der Wählerstimmen liegt, um Respektabilität („Gesprächspartner“) zu beanspruchen und sich den Anschein der „Normalität“ zu geben. Dabei wird von einer populären, aber irrtümlichen Gleichsetzung von „demokratisch legitimiert“ und „demokratisch“ profitiert. Hinweise auf diesen populären Irrtum wiederum werden als „undemokratische“ Regelverletzung im politischen Wettbewerb angeprangert; die dafür zurechtgelegte Opferrolle hilft, sich die Sympathien der Gefolgschaft zu sichern und neue Anhänger_innen zu gewinnen: Man werde unfair behandelt, dies könne doch „aufrechte Demokraten“ nicht kaltlassen.

Auf inhaltliche Kritik wird von der AfD vor allem mit Gegenstigmatisierung geantwortet, beispielsweise mit dem inflationären Vorwurf des „Linksextremismus“ gegen Vertreter_innen anderer Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Journalist_innen und Wissenschaftler_innen. Der fraglos schockierende, gewaltsame Angriff auf den Bremer AfD-Vorsitzenden Frank Magnitz am 7. Januar 2019, wurde von der Partei bundesweit zum Anlass genommen, eine *sofortige* Schuldzuweisung gegen praktisch sämtliche demokratische Kräfte im Land auszusprechen. Die Instrumentalisierung der Tat begann unmittelbar nachdem der Angriff überhaupt publik wurde.² In zahlreichen Beiträgen in den sozialen Netzwerken und in öffentlichen Verlautbarungen von AfD-Politiker_innen wurden vor allem Politiker_innen, u.a. von Bündnis90/Die Grünen, sowie „linke“ Journalist_innen (Hashtag „#NazisRaus“) für die Tat mitverantwortlich gemacht. Indessen ist nach wie vor völlig unklar, ob der Angriff auf Magnitz überhaupt politisch motiviert war, also tatsächlich von „Linksextremen“ begangen wurde. Klar ist bisher bloß, dass der Tathergang ein anderer gewesen sein muss, als die AfD behauptete; unter anderem wurde nach Angaben der Polizei offenbar kein Schlaggegenstand („Kantholz“) verwendet. Gerade dieses Detail spielte im Opfer-Narrativ der AfD aber eine zentrale Rolle, evozierte es doch stereotype Bilder von beson-

¹ Vom „Rechtsextremismus“, dessen Wesenskern aus politikwissenschaftlicher und verfassungsrechtlicher Perspektive in der Feindschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bzw. in dem Ziel der Überwindung des demokratischen Staates und seiner Institutionen besteht (Beyme 2010), wird „Rechtspopulismus“ in der Regel wegen eines ostentativen Bekenntnisses der Protagonist_innen zur Verfassungstreue und wegen dezidiert nicht-militanter Erscheinungsformen unterschieden.

² <http://www.spiegel.de/plus/frank-magnitz-wie-die-afd-mit-attacken-auf-ihre-mitglieder-umgeht-a-00000000-0002-0001-0000-000161789285> (aufgerufen am 11.01.2019).

ders brutalen Linksextremist_innen, die mit Holzknüppeln auf Andersdenkende eindreschen.³

Als exemplarisch für diese Strategie der Selbstinszenierung, bei der Fakten zurechtgebogen oder völlig ignoriert werden, kann auch der Fall des Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Anton Friesen (Listenplatz 5 der Landesliste) gelten. Im Juni 2018 hatte Friesen eine von seinem Fahrer fahrlässig selbstverschuldete Autopanne vorschnell und sehr medienwirksam zu einem „linksextremen“ „Mordanschlag“ stilisiert⁴ und hat dies bis heute nicht richtiggestellt. Nach wie vor versuchen Teile der Partei und ihre Anhänger_innen, genau diesen angeblichen Beweis für Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit und das Leben von AfD-Politiker_innen für sich propagandistisch in Anspruch zu nehmen.

Indessen ist nicht von der Hand zu weisen, dass in den letzten Jahren tatsächlich – auch in Thüringen – wiederholt Sachbeschädigungen (eingeschlagene Fensterscheiben, Farbbeutelwürfe, Graffiti etc.) im Außenbereich von Büros und Privatwohnungen von AfD-Politiker_innen registriert wurden, die vermutlich durch linksradikale Gegner_innen der Partei verursacht wurden. Selbstverständlich stellen diese Straftaten eine empfindliche Normverletzung dar, die mit den Gepflogenheiten des demokratischen Meinungsstreits unvereinbar sind. Allerdings registrieren und dokumentieren auch Vertreter_innen anderer Parteien seit vielen Jahren ähnliche Vorfälle, so z.B. eingeworfene Fensterscheiben, Hakenkreuzschmierereien an Hauswänden von Abgeordneten- oder Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Das Alleinstellungsmerkmal der AfD jedoch scheint die Tendenz zu sein, solche Sachbeschädigungen als Indiz staatlich geduldeten, beförderter oder gar „alimentierter“ politischer Gewalt („SAntifa“, „Merkels Sturmtruppen“) zu werten. Der von AfD-Anhänger_innen immer öfter bemühte Vergleich mit der Judenverfolgung im Dritten Reich ist mindestens als überzogen und geschmacklos zu bezeichnen. Außerdem kann angezweifelt werden, ob z.B. das Anbringen von Aufklebern an Fenstern von AfD-Büros bereits als „Anschlag“ zu bezeichnen ist bzw. fragt sich, inwieweit hier die Selbstinszenierung als „Opfer linksextremen Terrors“ ins Lächerliche abgeleitet.

2. Antidemokratische Tendenzen – und unglaubliche Distanzierungsversuche des AfD-Bundesvorstands

Bei genauerem Hinsehen verflüchtigt sich der Eindruck der *Harmlosigkeit und Unbedenklichkeit* der selbsternannten „patriotischen Demokrat_innen“ der AfD und ihres Umfeldes schnell. Dem betont legalistischen und seriösen Auftreten stehen nämlich *zahlreiche inhaltliche und personelle Aspekte* gegenüber, die mit den *Zielen und Maßstäben einer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft nicht nur unvereinbar sind, son-*

³ <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/afd-frank-magnitz-in-bremen-niedergeschlagen-polizei-veroeffentlicht-video-a-1247645.html> (aufgerufen am 11.01.2019).

⁴ <https://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/suhl/anton-friesen-afd-radmuttern-staatsanwaltschaft-100.html> (aufgerufen am 1.11.2018).

dem diese ernsthaft infrage stellen und bedrohen. Dabei ist die Begriffskosmetik des „Rechtspopulismus“ brüchig – auch konzeptionell bzw. inhaltlich wird die „bürgerlich-demokratische“ Maske des Öfteren – und in letzter Zeit immer häufiger – fallengelassen. Dass viele Wähler_innen („Protestwähler_innen“) der „rechtspopulistischen“ oder „nationalkonservativen“ AfD und selbst Parteimitglieder und -funktionär_innen (v.a. an der Basis) selbst nicht als „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“ zu bezeichnen sind, ist dabei kein „entlastendes Gegenargument“. Auch interne „Flügelkämpfe“ ändern nichts an dem grundlegenden Sachverhalt, dass in der Partei nicht nur fremdenfeindliche, rassistische und antipluralistische Positionen maßgeblich die offizielle Programmatik bestimmen (vgl. FES 2015; Kemper 2014a,b), sondern ihr Führungspersonal darüber hinaus entweder selbst auffällige, *strukturprägende Verbindungen und Kontakte* zu rechtsextremen Personen, Organisationen und Netzwerken aufweist oder diese verharmlost und duldet. Ebenso findet ein *Ideologietransfer* zwischen den letztgenannten Kreisen und der AfD statt. Dass beide Aspekte von Vertreter_innen der AfD – allen voran ihr Bundesvorsitzende Jörg Meuthen (vgl. ARD 2018) – vehement abgestritten bzw. geleugnet werden, entspringt vermutlich allein einem instrumentellen und strategischen Kalkül, im günstigsten Falle wäre ihnen außerordentliche Ignoranz und Naivität zu attestieren. Um einer drohenden Beobachtung durch die Verfassungsschutzorgane vorzubeugen bzw. entgegenwirken zu können, hat die AfD-Bundespartei selbst ein internes Gutachten erstellen lassen, das Anfang November 2018 öffentlich wurde.⁵ Allerdings fiel dieses Gutachten, das wahrscheinlich als Entlastungsdokument und Argumentationsstütze hatte dienen sollen, für die AfD alles andere schmeichelhaft aus und listete eine Vielzahl genau jener Punkte auf, die Kritiker_innen und Beobachter_innen der Partei schon seit langem als eine sehr bedenkliche Tendenz kennzeichnen und welche die AfD tatsächlich zum Gegenstand einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz machen könnten.⁶ Am 5. November 2018 hielt die Parteispitze um Meuthen dazu eine Pressekonferenz mit dem Titel „Die AfD, der Verfassungsschutz und die Meinungsfreiheit in Deutschland“ ab, bei der Meuthen die „Rechtsstaatlichkeit“ der AfD betonte, hingegen der Bundesregierung die „Grundgesetzestreue“ absprach und die Bundeskanzlerin und den Außenminister Maas als „demokratiezersetzend“ bezeichnete. Die Plattitüde, sich „selbstverständlich von Extremismus jeglicher Art“ zu distanzieren, weitere Lippenbekenntnisse zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Betonung der eigenen Opferrolle ersetzen ein weiteres Mal die konkrete, selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Ideologieproduktion bzw. fragwürdigen inhaltlichen Positionen, der aggressiven und provokanten Wortwahl (Meuthen: „Wir haben eine sehr weite Auslegung von Meinungsfreiheit.“) und umstrittenen Personalfragen. Den Ausschluss „extremistischer“ „Einzelfälle“

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/afd-verfassungsschutz-129.html> (aufgerufen am 4.11.2018).

⁶ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/belastendes-gutachten-debatte-um-beobachtung-der-afd-durch-verfassungsschutz-neu-entbrannt/23353386.html> sowie <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183222880/Reaktionen-auf-Gutachten-Selbstdiagnose-dass-die-AfD-verfassungsrechtlich-verloren-ist.html> (aufgerufen am 4.11.2018).

würde man vorantreiben, auch ein Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Bewegung „Pro Chemnitz“ (s.u.) sei erlassen worden. Die von der AfD ins Leben gerufene Arbeitsgruppe zur drohenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz solle und wolle jedoch keine „Sprachpolizei“ sein. Vor allem aber müsse man „den Bürgern klar machen“, dass es offensichtlich darum gehe, „durch politischen Druck“ „die wichtigste Oppositionspartei ... mundtot machen zu wollen.“⁷

Immerhin hatte die umstrittene Jugendbewegung der AfD, die „Junge Alternative“ (JA), bereits am 4. November 2018 Konsequenzen gezogen: Sie hatte einen jener „Einzelfälle“, den *kompletten Landesverband* der JA Niedersachsen wegen zahlreicher persönlicher Verbindungen seiner Mitglieder zur „Identitären Bewegung“ bzw. zum rechtsextremen Spektrum ausgeschlossen.⁸ Die Diskussionen um die auffallende Verbindung der JA – in anderen Landesverbänden und insgesamt – zur rechtsextremen Szene sind damit jedoch nicht vom Tisch, allzumal auch in Baden-Württemberg und in Bremen bereits eine Beobachtung der JA durch die dortigen Landesämter für Verfassungsschutz erfolgt.⁹ Am 9. November 2018 meldeten die „Dresdner Neuste Nachrichten“, Matthias Scholz, Landesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation in Sachsen, Schriftführer des AfD-Kreisverbands Dresden und Beisitzer im JA-Bundesvorstand, sei wegen Vorwürfen, er hätte in der Öffentlichkeit „Sieg Heil“ gebrüllt und rassistische Beleidigungen ausgestoßen, von allen seinen Ämtern zurückgetreten.¹⁰ Scholz war auch Mitarbeiter des umstrittenen Dresdner Bundestagsabgeordneten Jens Maier, der u.a. im April 2017 durch die Bemerkung Aufsehen erregt hatte, der norwegische Attentäter Anders Breivik habe wegen des „um sich greifende[n] Multikulturalismus, [der] Vermischung der Kulturen innerhalb westlicher Gesellschaften durch die Einwanderung von Kulturfremden“ „aus Verzweiflung“ gehandelt.¹¹ Ebenfalls am 9. November 2018 nahm der Berliner AfD-Politiker Andreas Wild an einer Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 in Berlin teil – am Revers trug er eine blaue Kornblume, das Symbol der österreichischen Nationalsozialisten vor dem „Anschluss“.¹² Am 26. November 2018 meldeten überregionale Medien, der Bundesvorstand der AfD wolle aus „Abscheu“ über „mensenverachtende Äußerungen“ (u.a. zur „öffentlichen Hinrichtung des gesamten Kabi-

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=rCpRPwI6to&feature=youtu.be> (aufgerufen am 5.11.2018).

⁸ <https://www.vice.com/de/article/3k987y/afd-nachwuchs-junge-alternative-barsinghausen-probleme-verfassungsschutz> (aufgerufen am 6.11.2018).

⁹ Vgl. u.a. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/identitaere-bestaetigen-ueberschneidungen-mit-afd-partei-jugend-15908460.html> sowie <http://www.fr.de/rhein-main/junge-alternative-hessen-richtungsstreit-bei-der-afd-jugend-a-1627506> (aufgerufen am 26.11.2018).

¹⁰ <http://www.dnn.de/Nachrichten/Politik/Sieg-Heil-Rufe-in-Bar-AfD-Jungpolitiker-raeumt-alle-seine-Aemter> (aufgerufen am 9.11.2018).

¹¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/jens-maier-aus-sachsen-afd-politiker-aeussert-verstaendnis-fuer-rechtsterrorist-anders-breivik/19698996.html> (aufgerufen am 9.11.2018).

¹² <https://www.bz-berlin.de/berlin/afd-politiker-provoziert-bei-schweigemarsch-mit-nazisymbol> (aufgerufen am 11.11.2018).

netts Merkel IV“ oder der Deportation von Asylbewerbern nach Auschwitz¹³) eine mögliche komplette Trennung von ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“ prüfen und fordere diese auf, rechtsradikale Mitglieder sofort rauszuwerfen.¹⁴ Offenbar waren die zahlreichen Vorfälle und Verquickungen der eigenen Parteimitglieder mit Rechtsaußen nun doch nicht mehr einfach zu leugnen oder wegzudiskutieren. In Hinblick auf die Vorwürfe sprach B. Höcke von „unsägliche Entgleisungen“, auf die es „unzweifelhaft unterschiedene Reaktionen geben“ müsse, er betonte jedoch deren Einzelfallcharakter, stellte sich hinter die JA als Ganzes und forderte Respekt für „unsere jungen Mitstreiter.“ Seine Begründung wirkte apologetisch und relativierend: „Sie [die JA-Akteur_innen] bewegen sich in einer weitgehend links-grün geprägten Gesellschaft und bringen dennoch den Mut auf, sich zu unserer Sache zu bekennen.“¹⁵ Wenige Tage später, am 1. Dezember 2018, nahm André Poggenburg an einer AfD-Demonstration in Berlin teil: Im Knopfloch seines Mantels trug er eine blaue Kornblume.¹⁶ Zwar wurde der ehemalige sachsen-anhaltinische Landesgruppenvorsitzende aufgrund seines umstrittenen Neujahrsgrußes auf Twitter, in dem er die „deutsche Volksgemeinschaft“ beschwor, am 8. Januar 2019 vom Bundesvorstand der AfD für zwei Jahre für alle politischen Ämter gesperrt.¹⁷ Doch dies geschah offensichtlich unter dem Eindruck der drohenden Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz, war also als ein durchsichtiger Schachzug zu bewerten: Jahrelang hatte man mit vielen anderen, weitaus skandalträchtigeren Äußerungen des Spitzenpolitikers Poggenburg („Wucherungen am Volkskörper“¹⁸) offenbar weder auf

¹³ https://www.focus.de/politik/deutschland/junge-alternative-will-ueber-zukunft-beraten-ganzes-kabinett-merkel-hinrichten-afd-jugend-wegen-extremismus-vor-dem-aus_id_9971810.html (aufgerufen am 28.11.2018).

¹⁴ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/afd-jungealternativ-101.html> sowie <https://mobil.n-tv.de/politik/AfD-Vorstand-wendet-sich-von-Nachwuchs-ab-article20740290.html#click=https://t.co/q2Vt6helZz> (aufgerufen am 26.11.2018).

¹⁵ <https://app.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-hoecke-stellt-sich-im-streit-um-afd-jugend-gegen-die-parteispitze/23686312.html> (aufgerufen am 10.8.2018).

¹⁶ Fotobeweis / Erläuterung: Twitter-Beitrag von Stefan Lauer (@batepsycho), 1.12.2018, 13:58 Uhr. Am 13. Dezember 2018 schrieb Poggenburg auf Twitter dazu: „Deutsche, die sich ein Symbol, welches über 100 Jahre Zeichen für Heimatliebe, Naturverbundenheit sowie deutschen Patriotismus und Freiheitskampf war, nehmen lassen, sind keine Patrioten! Das ist ‚Feigheit vor dem Feind!‘“ Wild und die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hatten an diesem Tag mit ebensolchen trotzigem Schutzbehauptungen auf das Verbot des Symbols durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses reagiert und in diesem Zusammenhang behauptet, die Presse habe die „Blaue Blume der Deutschen Romantik“ (sic!) zur „Naziblume gemacht“, (vgl. <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10210539748089982&set=a.1020271339375601> ; aufgerufen am 17.12.2018).

¹⁷ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-andre-poggenburg-der-fruehere-gefaehrte-von-bjoern-hoecke-stuerzt-ab-a-1247205.html> (aufgerufen am 10.01.2019).

¹⁸ In einer Rede am 31.10.2018 vor begeisterten „deutschen Patrioten“ in Mockmühl (Baden-Württemberg) sprach Poggenburg von „Multikulti-Wahn“, „neulinken Gesellschaftsexperimenten“ und dem „Vermächtnis unserer Ahnen“. Angela Merkel bezeichnete er als „altes Weib“; sie und ihre Anhänger seien „Schlächter der deutschen Einheit“, die für die „angerichteten Verwüstungen“ „mittellos von deutschem Boden gejagt“ werden sollten. Die Grünen nannte Poggenburg u.a. „Deutschlandhasser und Vaterlandsverräter“ und „Politikgesindel“. Es brauche endlich Initiativen gegen Linksextremismus, die es gegen Rechtsextremismus „im Überfluss“ (!) gebe. Den SA-Terror „brauner Horden“ zur Zeit der Weimarer Republik stellte Poggenburg als Reaktion (!) auf die „Randale“ „roter Garden“ hin. Heutzutage sei die Antifa („Linksfaschisten“) die ei-

Bundes- noch auf Landesebene ein Problem. Poggenburg ist am 10. Januar 2019 aus der AfD ausgetreten und hat prompt die Gründung einer neuen „national-konservativen“ Bewegungs-Partei in „Mitteldeutschland“ angekündigt.¹⁹ Der sogenannte „Aufbruch deutscher Patrioten“ (AdP) soll auch in Thüringen zur Landtagswahl 2019 antreten und tritt damit in Konkurrenz zur Thüringer AfD unter B. Höcke – mit sehr fraglicher Aussicht auf Erfolg.²⁰ Zum seinem Symbol hat der „AdP“ die blaue Kornblume erkoren. Die Abspaltung wird die AfD voraussichtlich als einen weiteren Beweis für ihren ‚demokratischen Mitte-Kurs‘ bewerben.²¹

Doch die faschistoiden Aspekte der AfD, insbesondere in Mitteldeutschland, sind einer kritischen Öffentlichkeit – ganz ohne operative Maßnahmen und die konspirative Tätigkeit von Geheimdiensten – schon seit Jahren bekannt. Es braucht auch nicht das „Durchsickern“ von Inhalten aus geschlossenen Internet-Chats wie im Fall des ehemaligen AfD-Politikers Holger Arppe (Mecklenburg-Vorpommern), der offenbar die Exekution politischer Gegner nach einer ‚Machtübernahme‘ befürwortet hatte: „Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben rauf.“²² Für die *Selbstentlarvung* ostentativ „bürgerlich-konservativer“ bzw. „intellektueller“ Aktivist_innen und vermeintlich „demokratisch-rechtsstaatlicher“ Politiker_innen gibt es fast täglich neue Beispiele, z.B. wenn auf *öffentlichen* Facebook- oder Twitter-Accounts von AfD-Landes-, Kreis- oder Ortsverbänden oder ihren (mehr oder weniger prominenten) Vertreter_innen und Unterstützer_innen einschlägiger NS-Jargon benutzt wird, symbolträchtige Bilder von Wehrmachts-Soldaten, der „idealen deutschen Familie“ oder der NS-Ikone *Albert Leo Schlageter*²³ (vgl. Abb. 1) gezeigt und gelegentlich auch („unverfängliche“) Verse von NS-Dichtern wie *Herbert Napierksky*²⁴ (vgl. Abb. 2) zitiert werden. Wenn dies geschieht, unterliegt vielleicht die politische ‚Klugheit‘ der ‚nostalgischen Sehnsucht‘ oder dem ‚Übermut‘ – vermutlich werden damit aber *aus Kalkül* „versteckte Botschaften“ an die *rechtsextreme Basis* gesendet.

Abb. 1: „Traditionspflege“ bei der Thüringer AfD (Beispiel 1)

gentliche „Gefahr für Deutschland und Europa“. <https://www.youtube.com/watch?v=EKfcUNNMgEc> (aufgerufen am 05.11.2018).

¹⁹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/andre-poggenburg-afd-politiker-will-eigene-partei-gruenden-a-1247354.html> (aufgerufen am 10.01.2019).

²⁰ <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Rechte-Konkurrenz-fuer-AfD-wird-in-Thueringen-immer-groesser-643978909> (aufgerufen am 12.01.2019).

²¹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/andre-poggenburgs-austritt-aus-der-afd-kein-aufbruch-a-1247837.html> (aufgerufen am 13.01.2019).

²² <http://www.tagesschau.de/inland/arppe-afd-101.html> (aufgerufen am 10.8.2018).

²³ https://www.huffingtonpost.de/2016/10/11/afd-verherrlicht-nazi-facebook_n_12438690.html (aufgerufen am 17.10.2018).

²⁴ Napierkskys bekanntestes Lied ist „Es dröhnet der Marsch der Kolonne“, das in der Hitler-Jugend häufig gesungen wurde. Höcke entschied sich für ein Zitat der dritten Strophe des Weihnachtsliedes „Über uns die klare Nacht“. Andreas Kemper, der auf Höckes Facebook-Eintrag aufmerksam machte, verwies in diesem Zusammenhang auf *Hans Baumanns* populäres Lied „Hohe Nacht der klaren Sterne“. Dem ist wenig hinzuzufügen – außer, dass jenes Lied eben durch die Interpretation Heinos zu bekannt ist und deshalb wahrscheinlich selbst Höcke zu offensichtlich gewesen war.

(Quelle: Facebook)



AfD Nordthüringen - Ortsverband Mühlhausen added a new photo.

4 hrs · 🌐



Bei vielen „bürgerlichen“ Wähler_innen der AfD – auch in Thüringen – scheint die Erregung über solche Vorfälle stark begrenzt zu sein: Entweder bekommen sie davon kaum etwas mit, ihnen fehlt das notwendige (historische oder subkulturelle) Kontextwissen bzw. die Sensibilität – oder es ist ihnen schlichtweg egal. Solange die gewünschten Themen in der erwarteten Weise bedient werden, scheint sich allenfalls eine verschwindende Minderheit der Anhänger_innen daran zu stören, dass bei öffentlichen Veranstaltungen immer wieder auch geschichtsrevisionistische, antidemokratische, offen migrant_innenfeindliche und rassistische Äußerungen fallen. Gelegentlich erfolgen vom Rednerpult außerdem ‚humorvolle Seitenhiebe‘ in Richtung der Teilnehmenden der Gegendemonstrationen, wie in der Rede des Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner während einer Wahlkampf-Veranstaltung in Jena am 12. September 2017, die auch wegen des Auftritts von Alice Weidel deutschlandweit Beachtung fand.²⁵ Brandners Einlassungen zur „Antifa“ (in Jena: ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, demokratischen Parteien und Bürger_innen unterschiedlichster Sozialmilieus) wirkten so, als wären sie unmittelbar von einem Liedtext der Neonazi-Band *Landser* bzw. ihres Nachfolge-Projekts *Die Lunikoff-Verschwörung* abgeschrieben, die beide in der extremen Szene Kultstatus genießen („...eure Eltern sind Geschwister...“). Selbst solche Niveau-Unterschreitungen werden bei AfD-Demonstrationen i.d.R. mit zustimmendem Gelächter und Beifall bedacht, und das nicht nur von jenen Teilen des Publikums, die durch ihren Kleidungsstil („Thor Steinar“, „Ansgar Aryan“ u.a. Marken) oder durch ihr Auftreten eindeutig als *Neonazis* identifizierbar sind. Am ehesten noch werden

²⁵ https://www.deutschlandfunk.de/afd-wahlkampfauftritt-in-jena-es-wurde-kraeftig-geschimpft.1773.de.html?dram:article_id=395736 (aufgerufen am 16.10.2018).

jene Sprüche nachträglich als „spontane Ausrutscher“ im Überschwang der mündlichen Rede abgetan, als etwas „rustikal“ ausgefallene, aber doch „übliche“ Wahlkampfretorik. Bei der gleichen AfD-Wahlkampfveranstaltung in Jena am 12. September 2017 sangen Demonstranten auch das berüchtigte rechtsextreme „U-Bahn-Lied“ („Eine U-Bahn, eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir. Von der JG bis Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir.“).²⁶ Mit JG war die Junge Gemeinde Mitte in der Jenaer Johannisstraße gemeint, wo sich Aktivist_innen um den Jugendpfarrer Lothar König und seine Tochter, die Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuß (DIE LINKE), bereits seit den 1990er Jahren gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Seit Jahren beteiligt sich die JG auch an den Protesten gegen die AfD. Wiebke Muhsal MdL, das freundliche Gesicht der Jenaer AfD, bezeichnete die Johannisstraße bereits 2016 bei einer Demonstration als „NoGo-Area“.²⁷

Abb. 2: „Traditionspflege“ bei der Thüringer AfD (Beispiel 2)
(Quelle: Facebook)



3. Rechter Kulturkampf, um die liberale Demokratie abzuwickeln

Zur Strategie der diskursiven Landnahme der „Neuen Rechten“ gehört es, *Kritik an gezielten Provokationen* als „Political Correctness“, d.h. als Einschränkung der Meinungsfreiheit durch „Tugendwächter“, zurückzuweisen und sich deklamatorisch als deren Opfer zu inszenieren. Auch die AfD führt diesen Topos seit ihrer Gründung als festen Bestandteil ihrer Programmatik bzw. Außendarstellung. Die inflationäre Verbreitung des Kampfbegriffes „Political Correctness“ und die unreflektierte Übernahme der damit verbundenen Abwehrmechanismen – inzwischen über fast alle Milieu- und Parteigrenzen hinweg – markieren selbst *einen der größten Erfolge* des neueren „Rechtspopulismus“. Die Rede von der „Political Correctness“ ist von nicht überschätzbarer Bedeutung für eine „Kultur-

²⁶ <https://www.buzzfeed.com/de/felixhuesmann/rechtsextreme-auschwitz-gesaenge-bei-afd-demo-in-jena> (aufgerufen am 17.10.2018).

²⁷ <https://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Ca-2500-Menschen-protestieren-gegen-750-AfD-Anhaenger-Lautstarker-Abend-mit-Sc-1201077574> (aufgerufen am 17.10.2018).

revolution von rechts“ (Benoist 2017). Hier wurde die *Türöffnerfunktion* eines *massenkompatiblen* Ideologems erkannt und genutzt. In Sachen „PC“ hat sich auch in Deutschland viel getan: Der aus den USA importierte, ursprünglich *akademische* Diskurs im Zusammenhang mit diskriminierenden Sprachhandlungen und deren Sanktionierung fristete zunächst ein eher klägliches Dasein in den Hörsälen, in den ASTA-Büros und auf den Campus deutscher Universitäten. Dort trieb er sicher auch so manche seltsame und fragwürdige Blüte und wurde damit zum Ärgernis „konservativer“ Professor_innen und Student_innen. Seit ungefähr zehn Jahren jedoch ist „Political Correctness“ durch eine kampagnenhafte, stark verzerrende Darstellung in den Medien als Problem überhöht und auch von Politiker_innen und anderen „Deutungseliten“ skandalisiert worden (Schönbohm 2009, Ullrich/Diefenbach 2017). Im Ergebnis fühlen sich im gegenwärtigen Deutschland offenbar auch sehr viele „einfache Bürger_innen“ von „Political Correctness“ genervt, gegängelt und verfolgt („Zensur“, „Umerziehung“), die in ihrem Alltag nur selten tatsächlichen Widerspruch für ihre Äußerungen erfahren dürften, die wenig bis gar keine Sensibilität für die (alltagspraktische) Problemrelevanz erkennen lassen („Negerkuss“, vgl. Abb. 3; „Zigeunerschnitzel“; „Mohren-Straße“; „Gender-Toiletten“; „Zensur-Skandal“ um das entfernte „Avenidas“-Gedicht an der Hauswand der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin usw.). Oftmals ist ihre Distanz zu den akademischen oder aktivistischen Soziotopen sowie zu den Kontexten des „PC“-Diskurses (z.B. der queer*-feministischen Philosophie, Linguistik und Soziologie, der postkolonial-antirassistischen Identitäts- und Gleichstellungspolitik usw.) auch so groß, dass sie nur die aus den Medien bzw. vom Hörensagen bekannten, gleichen Beispiele benennen können („... in den USA gab es sogar eine Person, die hat ...“).

Diese beachtlich dünne Faktenbasis erweist sich keineswegs als Nachteil: So ist offenbar ein ziemlich großer Teil der Bevölkerung bereit, das unverblümete Bekenntnis zum „traditionellen“ Ressentiment (oder zum „Witz“) als vermeintlich freiheitlich-demokratische Kardinaltugend zu verteidigen. Jener Teil der Bevölkerung dient gewissermaßen als „Schwungmasse“ der *Diskursverschiebung*, deren eigentliche Antriebsfeder ist jedoch ein „reaktionärer Avantgardismus“ des *planmäßigen Tabubruches* und der anschließenden *Abwicklung bzw. Beseitigung von Tabus*. Der fließende Übergang von der vermeintlich konservativen „Urwüchsigkeit“ und subversiven „Provokationslust“ zur radikalen Ideologie-Dissemination wird bewusst verschleiert; auch dies gehört zum Erfolgskonzept.

Abb. 3: Verulking der Rassismus-Debatte: Bauchschmerzen mit „Political Correctness“

(Quelle: Facebook)



Noch vor ungefähr zwei Jahrzehnten nämlich war die Wehklage über eine eingeschränkte Meinungsfreiheit und eine „linke Gesinnungsdiktatur“ in der Bundesrepublik fast ausschließlich jenen Kreisen vorbehalten, die sich in ganz unverhohlener Weise positiv auf das „dritte Reich“ bezogen, den Holocaust leugneten, nazistische Symbole benutzten und entsprechende Propaganda-Inhalte verbreiteten. Ihre Presseerzeugnisse, die von offensichtlich strafbaren Inhalten sorgsam gesäubert waren, aber nie einen Zweifel an der politischen Orientierung und den Traditionslinien aufkommen ließen, wurden in deutschen Zeitschriftenläden und Bahnhofskiosken – wenn überhaupt – meistens nur auf Nachfrage und „unterm Ladentisch“ verkauft. Das galt für die Parteizeitungen NATIONAL-ZEITUNG (DVU) und DEUTSCHE STIMME (NPD), die selbst in der ostdeutschen Provinz, wo die geneigte Leser- und Käuferschaft besonders in den 1990er Jahren selbstbewusster und offener auftrat als in Westdeutschland, allenfalls in den hintersten, untersten Ecken der Zeitschriftenregale zu finden waren. Seit einiger Zeit werden sie (zumindest in ostdeutschen Zeitungsläden) allerdings prominenter platziert als jemals zuvor: Die Nachfrage nach rechtsradikalen bzw. „rechtskonservativen“ Publikationen scheint stark angestiegen zu sein (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Auslage „rechtskonservativer“ und rechtsextremer Presse-Erzeugnisse im Kiosk am Jenaer Westbahnhof
(Bildrecht beim Autoren, Oktober 2018)



Am auffälligsten ist unzweifelhaft die Omnipräsenz solcher bunter Magazine wie COMPACT und ZUERST.²⁸ In ihnen feiern nicht nur offene Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, antisemitische Verschwörungsideologien, Geschichtsrevisionismus und Revanchismus, sondern auch die *Lingua Tertii Imperii* (Klemperer) fröhliche Urstände. Da vor allem das Magazin COMPACT des ehemals linksradikalen Journalisten und Pegida-Redners Jürgen Elsässer regelmäßig Sonderhefte editiert, stehen teilweise bis zu vier COMPACT-Titel gleichzeitig im Regal – direkt neben DER SPIEGEL, KONKRET, dem „liberal-konservativen“ CICERO und den Boulevard-Magazinen. Der Protest, dem sich Zeitschriftenhändler früher von Seiten radikaler Linker ausgesetzt sahen, wenn sie die mittlerweile tolerierte (und fast überall erhältliche) „liberal-konservative“ Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT des Verlegers Dieter Stein feilboten, scheint in Bezug auf die weitaus „schärfere“ COMPACT einer frappierenden Gleichgültigkeit oder Resignation gewichen zu sein. Alles andere als paradox ist dabei der Umstand, dass sich ausgerechnet COMPACT zum Herold der Meinungsfreiheit stilisiert und gegen „Zensur“ und „einseitige Berichterstattung der Lügenpresse“ Sturm läuft. Dies ist Hauptthema im Blatt und dafür

²⁸ Selbst in „neurechten“ Kreisen ist ZUERST nicht unumstritten; vgl.

https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2009/12/30/ein-%e2%80%9ehauch-von-denunziatorischem-eifer%e2%80%9c-%e2%80%93-nachrichtenmagazin-%e2%80%9ezuerst%e2%80%9d-spaltet-deutschlands-rechte_2262 (aufgerufen am 21.8.2018). Aktueller Chefredakteur von ZUERST ist Manuel Ochsenreiter. Seit Oktober 2018 ist Ochsenreiter Referent im Abgeordneten-Büros des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier, der bis Februar 2018 Bundesvorsitzender der Junge Alternative für Deutschland (JA) war; vgl. https://www.huffingtonpost.de/entry/afd-abgeordneter-im-bundestag-beschäftigt-rechtsextremen-mitarbeiter_de_5bd047a4e4b055bc9486a976 (aufgerufen am 25.8.2018).

werden auch schwerere Geschütze aufgeföhren, die die Grenze des Justiziablen (der Beleidigung, Verunglimpfung oder Volksverhetzung) ausloten, z.B. im Fall eines Titelbilds, das den „Zensur-Minister“ Maas in der Uniform eines SS-Sturmbannführers mit Facebook-Symbol im Kragenspiegel zeigte (COMPACT 07/16). Die Botschaft war deutlich: Nicht derjenige oder diejenige, der im Internet Todes- und Vergewaltigungswünsche oder regelrechte Morddrohungen gegen „Gutmenschen“, Migrant_innen, Muslim_innen, Jüd_innen, Feminist_innen oder Homosexuelle und Trans*-Personen ausspricht, sei ein „Nazi“, sondern derjenige, der ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz zum Zweck der Eindämmung solcher Straftaten auf den Weg bringt. Mit sachlicher Kritik am Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dessen Zustandekommen und Implikationen, wie sie in jenen Tagen vielfach geäußert wurde, hatte das nichts zu tun. Es zeigte allerdings, wie weit die Hemmschwelle bereits gesunken und das „Neusprech“ des „Rechtspopulismus“ in die öffentliche Sphäre vorgedrungen sind.

Die rechtspopulistische Strategie besteht vor allem in einer *Zuspitzung und Emotionalisierung* der Debatten, in der Ressentiments und angstbesetzte Zuschreibungen – oftmals nur schlagwortartig – an die Stelle einer sachlicher Argumentation gesetzt werden.²⁹ Die Rede vieler führender AfD-Politiker_innen von der „Überfremdung“, dem „Volkstod“, dem „Bevölkerungsaustausch“ bzw. der „Umvolkung“, dem drohenden „Bürgerkrieg“, der „Merkeldiktatur“, den „Systemparteien“, der „Lügenpresse“, der „Gesinnungsschnüffelei“ und einer notwendigen „Fundamentalopposition“ ist viral – und viele der damit verbundenen Argumentationsmuster gelten gemeinhin längst nicht mehr als so absurd, wie man annehmen könnte. Zum Teil findet in mancher Überspitzung auch die seit Langem schwelende, generelle Unzufriedenheit vieler Bürger_innen mit den politischen Eliten und dem Politikbetrieb ihren Ausdruck. Doch genau dadurch lassen sich Mobilisierungspotenziale erschließen, greift die Scharnierfunktion „rechtspopulistischer“ Ideologeme zwischen Bevölkerung und „rechtem Rand“. Der Schulterchluss wird so nicht nur auf der Straße vollzogen (Pegida, „Mahnwachen“ für Opfer von „Ausländerkriminalität“, „Bürgerstammtische“, Demonstrationen gegen den Moscheebau in Erfurt usw.; s.u.), sondern vor allem in den Köpfen – auch bei solchen Personen, die sonst nur selten politisch partizipieren und hauptsächlich durch das Fernsehen, die Presse und die sozialen Medien beeinflusst werden. Gerade was eine *aggressive, rassistische Fremdenfeindlichkeit* anbetrißt, sind viele der alten Parolen heutzutage nicht nur an den Stammtischen und Gartenzäunen beliebter denn je, sie haben inzwischen teilweise sogar in kaum abgeschwächter Form ihren Weg in die Kommentarspalten von Mainstream-Zeitungen und in die Debattenbeiträge aus der politischen „Mitte“ gefunden („Asylindustrie“, „Asyltourismus“, „Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme“, „Multikulti ist gescheitert“ usw.). Dabei ist ein Gewöhnungs- und Abstumpfungseffekt eingetreten. Das Stigma, „rechte“ Positionen zu vertreten, hat seine abschreckende Wirkung fast einge-

²⁹ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/kultur/soziologe-wilhelm-heimeyer-die-afd-ist-ein-meister-der-emotionalen-ausbeutung/23204660.html> (aufgerufen am 21.8.2018).

büßt. Selbst Phrasen wie „Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe“ (AfD Thüringen 2018: 24), „Refugihadist“ und „linksgrünverseuchtes Establishment“ (Meuthen³⁰), „Wir sind die Götterdämmerung dieses globalisierten Multikulturalismus, wir sind die Totengräber der fauligen Reste dieser 68er-Zersetzung“ (Andreas Kalbitz³¹), „Schuld kult“ (Alice Weidel³²) oder „Stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ sowie „Bundesamt für Bevölkerungsaustausch und Kriminalitätsimport“ (Alexander Gauland³³) verhaseln der AfD – anders als früher der NPD (?!) – keineswegs die Wahlergebnisse. Die AfD hat sich somit erfolgreich als Partei der „Wutbürger“ etabliert (vgl. Häusler 2016) und bedient vorrangig die ethnozentrischen – d.h. fremdenfeindlichen und nationalistischen – Ressentiments ihrer Anhänger_innen. Der von den Medien genährte Eindruck, in der Anfangsphase nach der Gründung der AfD hätte es sich bei ihr um eine monothematische „Anti-Euro-Partei“ gehandelt, die erst später „rechte“ (gesellschaftspolitische) Themen besetzt habe, ist *falsch* (Häusler 2015). Die Stoßrichtung einer *ressentimentgeleiteten, nationalistischen und antiliberalen Politik*, bei der sich autoritärer „Rechtskonservatismus“ mit Ungleichwertigkeitsideologien, „völkischem“ Denken und der (sozialdarwinistischen) Ausgrenzung sozialer Gruppen verbindet, war bereits in frühen Landtagswahlkämpfen deutlich erkennbar und zeigte sich seitdem in nahezu allen schriftlichen und mündlichen Äußerungen von AfD-Vertreter_innen. Für die späteren Grundsatzprogramme wurde lediglich eine gewisse Formalisierung vorgenommen und sich auf bestimmte Sprachregelungen geeinigt, die an mehrheitsfähige Diskursformen anschließen sollen, inhaltlich aber wenig Interpretationsspielraum lassen. Der von der AfD beschworene und von „neuen Rechten“ auf die „Abwehr der Masseneinwanderung“ und eine „Sicherung der europäischen Außengrenzen“ gemünzte Begriff „*Festung Europa*“ stammt z.B. ursprünglich aus der nationalsozialistischen Propaganda (!) des zweiten Weltkriegs. Anscheinend ist jedoch die *allgemeine* Geschichtsvergessenheit groß – im Sommer 2018 wurde der Begriff sogar von Politikern der CSU gebraucht.

4. Stichwortgeber im Hintergrund: „Intellektuelle“ von Rechtsaußen

Bezugnehmend auf die von der AfD vorangetriebene Verrohung der Sprache, die Normalisierung ultrarechter Begriffe und die ideologischen Polarisierungstendenzen geht der Rechtsextremismus-Experte Armin Pfahl-Traughber von einer „Verhetzung im öffentlichen Diskurs“ aus (ARD 2018). Passend dazu referiert der rechtsradikale Verleger Götz

³⁰ https://www.youtube.com/watch?v=ObleNpS_XVM (aufgerufen am 7.11.2018).

³¹ <https://www.youtube.com/watch?v=PB2mWTMT2V4> (aufgerufen am 07.11.2018).

³² <https://www.zeit.de/2017/38/alice-weidel-afd-spitzenkandidatin-muslime> (aufgerufen am 07.11.2018).

³³ Zum zynischen Chauvinismus und Rassismus Alexander Gaulands vgl. u.a.

<https://www.youtube.com/watch?v=IHGeX55vd00> (aufgerufen am 05.11.2018). Vgl. Außerdem

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article168663338/Gauland-fordert-Recht-stolz-zu-sein-auf-Leistungen-in-beiden-Weltkriegen.html> (aufgerufen am 05.11.2018).

Kubitschek³⁴ („Institut für Staatspolitik“³⁵ und Verlag Antaios, Schnellroda, Sachsen-Anhalt) selbst das Konzept des sogenannten „Overton-Windows“, welches *Agenda-Setting*, *Framing* und andere Diskurstheorien in populärer Weise vereinfacht. Es beschreibt die strategische, *inkrementelle* „Verschiebung der Grenzen des Sagbaren“ und damit des Machbaren – mit anderen Worten: das Kapern gesellschaftlicher und politischer Diskurse.³⁶ Dieser Strategie folgen auch die von Kubitschek „mentorierten“ Parteien, Bewegungen und Personen, u.a. die von ehemaligen Neonazi-Jugend-Funktionären durchgesetzte und vom Verfassungsschutz beobachtete „Identitäre Bewegung“ (IB; vgl. Speit 2018), das fremdenfeindliche Kampagnen-Netzwerk „Ein Prozent für unser Land“, vor allem aber die mitteldeutschen Landesverbände der AfD.³⁷ Der Thüringer AfD-Landesvorsitzende B. Höcke bezeichnete Kubitscheks Institut bei einem dortigen Kongress im November 2015 als „Oase der geistigen Regeneration“.³⁸ Aus „den Werken, die hier entstehen“, ziehe er, Höcke, bekanntlich (!) „geistiges Manna“.³⁹ Vor dem Hintergrund der konkreten inhaltlichen und ideologischen Ausrichtung von Kubitscheks publizistischer Tätigkeit (v.a. die Zeitschrift „Sezession“ und die Bücher aus dem Verlag Antaios mit ihren z.T. offen rassistischen und faschistischen Thesen) und dessen „überparteilicher“ Netzwerkarbeit (u.a. im Dunstkreis der erkonservativen, nationalistischen und fremdenfeindlichen „Deutschen Burschenschaft“) ist Höckes Aussage bemerkenswert und aufschlussreich. Der von deutschsprachigen Mainstream-Medien (FAZ, NZZ, WELT, ZEIT usw.) als „rechtskonservativer Intellektueller“ betitelte Kubitschek (vgl. auch Nassehi 2015) gefällt sich selbst bisweilen in durchaus plakativer, drastischer Rhetorik, die einen Einblick bietet, was am Ende der Diskursverschiebung wartet. Im Zusammenhang mit seinen Überlegungen zum drohenden „Volkstod“ der Deutschen durch eine zu niedrige Geburtenrate und „das multikulturelle Gesellschaftsexperiment“ zitierte Kubitschek beispielsweise am 03. September 2017 auf seiner Internetseite <http://www.staatspolitik.org> unter dem Titel „Vorbürgerkrieg“ (!) unverblümt den weltbe-

³⁴ Kubitschek, ein ehemaliger Bundeswehr-Reserveoffizier, trat erstmals 1996 im Rahmen der „Proteste“ gegen die Ausstellung über die Verbrechen der *Wehrmacht* des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Gründer: Jan Philipp Reemtsma) öffentlich in Erscheinung (vgl. Virchow 2006: 426).

³⁵ Geschäftsführer des von Kubitschek gegründeten IfS ist bereits seit 2008 der Publizist Dr. Erik Lehnert, der seit 2016 für die AfD-Fraktion als ständiger Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Rassismus und Diskriminierung“ des Thüringer Landtags sitzt und seit 2017 als Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Harald Weyel arbeitet (vgl.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus174711692/AfD-Mitarbeiter-im-Bundestag-Radikale-Einfluesterer.html> sowie <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/afd-bundestag-mitarbeiter-rechtsextreme-identitaere-bewegung> ; aufgerufen am 18.10.2018). Zum Dunstkreis des „IfS“ wird u.a. auch Arne Schimmer (NPD Sachsen) gezählt (vgl. <http://www.taz.de/!5374860/> ; aufgerufen am 29.11.2018).

³⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=qZtd3Mn5d4Q> (aufgerufen am 10.8.2018).

³⁷ https://www.focus.de/politik/deutschland/goetz-kubitschek-aus-schnellroda-verleger-lenkt-afd-rechtsaussen-bjoern-hoecke_id_9794922.html (aufgerufen am 28.8.2018).

³⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ> (aufgerufen am 15.10.2018).

³⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=qLsetj1Lcbk> (aufgerufen am 15.10.2018).

kannten, mehrfach straffälligen Naziaktivisten und Holocaust-Leugner *Ernst Zündel* (†05. August 2017), ohne dabei die geringste Distanz erkennen zu lassen (vgl. Kubitschek 2007).⁴⁰ Zum Begriff der „*Volksgemeinschaft*“ bzw. einem *ethnisch homogenen* Volksbegriff (vgl. Wildt 2017: 104 ff.), wie er auch vom ehemaligen NPD-Spitzenkader, Juristen und Antaios-Autor Dr. Dr. Thor von Waldstein (2016) propagiert wird, äußerte sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 zum zweiten (erneut gescheiterten) NPD-Verbotsverfahren. Das BVerfG stellte klar, dass u.a. im ethnisch homogenen Volksbegriff eine *mit dem Grundgesetz unvereinbare Wesensverwandtschaft* der NPD zum Nationalsozialismus zum Ausdruck komme (vgl. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13; hier: insbes. Leitsatz 9a).⁴¹ Auf diese Rechtsprechung bezugnehmend stellte Waldstein die rhetorische Frage, wer die Verfassung vor dem BVerfG schütze (Waldstein 2017), wo doch mit dem „geplanten Bevölkerungsaustausch“ die Abschaffung des Souveräns, des deutschen Volkes, herbeigeführt werde. Waldstein, der ehemalige Strafverteidiger des berüchtigten Auschwitz-Gaskammern-„Gutachters“ und Holocaust-Leugners Fred Leuchter, fordert „Widerstand“, einen „gesunden Mangel an Kompromissbereitschaft“, „Mut zur Provokation“, „Schlagkraft“ und das „Ende der Distanzeritis“ gegenüber allen ‚Gesinnungsgenoss_innen‘, die angeblich von der „Gedankenpolizei“ als „Rassisten“ verfemt würden und „sich der deutschen Nation verpflichtet fühlen“; schließlich habe man einen „gemeinsamen Feind“. Für Waldstein ist „dieser Staat ... aus sich heraus unter keinen Umständen mehr reformierbar.“⁴² Er suche nach einem „Königsweg zur Rückgewinnung der Öffentlichkeit und von Macht.“⁴³ In diesem Sinne ist auch die ostentative Nähe der mitteldeutschen AfD-Landesverbände und ihrer prominenten Vertreter_innen zu Kubitscheks Schnellrodaer Think-Tank und dessen Umfeld als eine eindeutige Positionierung aufzufassen. Dass das „völkische Denken“, wie es in der NPD und in Kubitscheks Dunstkreis vorherrscht, in der AfD *bundesweit* verbreitet ist, drückt sich in jüngster Zeit u.a. durch die „ironische“ Verwendung der holprigen Wortneuschöpfung „Passbeschenkte“ für deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund aus (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Stephan Protschka MdB (AfD-Landesliste Bayern) übt sich in ‚soziobiologischen‘ Analogien
(Quelle: Twitter)

⁴⁰ <https://archive.is/0MHym#selection-427.66-427.94> (aufgerufen am 10.8.2018).

⁴¹ http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html (aufgerufen am 10.8.2018).

⁴² <https://www.youtube.com/watch?v=iQSITNw3iDE> (aufgerufen am 15.10.2018).

⁴³ <https://www.youtube.com/watch?v=jvHltHsyJPw> (aufgerufen am 15.10.2018).



Stephan Protschka MdB
@AfDProtschka



Wenn sich ein #Hund einem
#Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein
#Wolf oder bleibt er Hund?
#Passbeschenker #AfD

05.12.18, 08:55

5. Die Thüringer AfD als „Spezialfall“: Faschisten in Nadelstreifen

Der Thüringer AfD ist dennoch eine *besondere Rolle* zu attestieren, die sich exemplarisch an der Person des Landesvorsitzenden B. Höcke festmachen lässt, aber keineswegs auf diesen „Einzelfall“ reduziert werden kann. Wegen seiner Skandale ist Höcke auch in Teilen der AfD umstritten – zumindest innerhalb der westdeutschen Landesverbände.⁴⁴ Wie kaum ein anderer in der AfD vertritt Höcke die Idee der AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“, die in den Parlamenten präsent ist und sich dortigen Gepflogenheiten anzupassen versucht, gleichzeitig aber auf der Straße den Druck erhöht und bei internen Veranstaltung unter ‚Gleichgesinnten‘ dann auch Tacheles redet.⁴⁵ Seine kontroverse Reden vom „afrikanischen Ausbreitungstyp“ (in Schnellroda, November 2015)⁴⁶, von „1000 Jahren“ (bei Demonstrationen in Erfurt bzw. in einer ARD-Talkshow, Oktober 2015⁴⁷), dem „Denkmal der Schande“ und einer „geschichtspolitischen Wende um 180 Grad“ (in Dresden, Januar 2017)⁴⁸ haben deutschlandweit großes Aufsehen gesorgt und den AfD-Bundesvorstand 2017 unter der damaligen Vorsitzenden Frauke Petry dazu bewogen, Höcke zu einer „Mäßigung“ seines Sprachgebrauchs aufzufordern. Höckes wiederholte öffentliche Tabubrüche (u.a. auch bei den sogenannten „Kyffhäuser-treffen“ des völkisch-nationalistischen „Flügels“) werden *zwar gemeinhin* als Auslöser

⁴⁴ <https://www.waz.de/staedte/bottrop/bottroper-afd-vorstand-boykottiert-auftritt-von-bjoern-hoecke-id215602923.html> (aufgerufen am 21.10.2018).

⁴⁵ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/richtungsentscheidung-die-afd-politiker-im-dilemma-15851351.html> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁴⁶ <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/AfD-Hoeckes-Lehre-von-Menschentypen,hoeckeslehre100.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁴⁷ Vgl. auch <http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/hoecke-und-gauland-1000-jahre-deutschland-und-das-afd-stoeckchen-a-1519896> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁴⁸ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161286915/Was-Hoecke-mit-der-Denkmal-der-Schande-Rede-bezweckt.html> (aufgerufen am 16.10.2018).

eines Parteiausschlussverfahrens⁴⁹ gegen Höcke dargestellt, das vom Landesschiedsgericht der AfD Thüringen im Juni 2018 zugunsten von Höcke *beendet* wurde. Der Soziologe Andreas Kemper hat allerdings darauf hingewiesen, dass ein wichtiger Grund für dieses Parteiausschlussverfahren die von Kemper in sehr umfangreichen vergleichenden Dokumentenanalysen und mittels weiterer Indizien de facto *nachgewiesene* Autorenschaft Höckes (Pseudonym: Landolf Ladig) für die Zeitschrift „Eichsfeldstimme“ war.⁵⁰ Die „Eichsfeldstimme“ wurde herausgegeben vom Thüringer NPD-Spitzenkader und zentralen Blood-&Honour-Aktivisten *Thorsten Heise*, der u.a. wegen schwerer Körperverletzung vorbestraft ist und als *einer der einflussreichsten Personen des deutschen und internationalen Neonazismus* gilt.⁵¹ Heise lebt in Fretterode im Eichsfeld, das nur wenige Kilometer von Höckes Wohnort Bornhagen entfernt liegt. Ein bemerkenswertes Detail ist, dass „Landolf Ladig“ in einem seiner Texte über Höckes Wohnort Bornhagen schrieb.⁵² Höcke hat die Autorenschaft abgestritten, sich allerdings geweigert, dazu eine eidesstattliche Erklärung abzugeben. Heise selbst gab an, bei „Landolf Ladig“ handele sich in Wahrheit nicht um Höcke, sondern um Rigolf Hennig.⁵³ Hennig wiederum ist eine zentrale Figur der antisemitischen bzw. nazistischen Szene („Europäische Aktion“) und ‚Kampfgefährte‘ der verurteilten Holocaust-Leugnerin und Szene-Ikone Ursula Haverbeck, die Heise zu seinen „großen Vorbildern“ zählt.⁵⁴ Höcke hat Haverbeck in seiner Rede bei einer AfD-Kundgebung in Gera am 28. Oktober 2016⁵⁵ indirekt als Opfer bundesdeutscher Gesinnungsjustiz benannt; Haverbecks Verurteilung sei unverhältnismäßig, es handele sich um einen „Meinungsdelikt“ einer „87-jährigen Seniorin“, weil sie „einen historischen Sachverhalt leugnete“.⁵⁶ Zur Personalie Hennig äußerte sich Höcke nie. Fraglich ist allerdings, wieso Hennig (der nicht in Thüringen lebt) in einem der „Ladig“-Texte ausgerechnet Höckes Wohnort bzw. Wohnhaus (!) beschrieben haben sollte. Im

⁴⁹ „In der Klageschrift hieß es damals, dass Höckes Rede ‚eine extremistische, mit Bezügen zum Nationalsozialismus versehene Grundhaltung zu entnehmen ist, die den Zielen der AfD diametral widerspricht.“ (<https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Neues-Ausschlussverfahren-gegen-Hoecke-Entlastender-Richter-posierte-mit-Nazi-S-1300777082> ; aufgerufen am 17.10.2018).

⁵⁰ Vgl. die zahlreichen Beiträge auf Kempers Website: <https://andreaskemper.org/?s=ladig> ; u.a. <https://andreaskemper.org/2015/03/15/wieviel-mpd-hockt-in-der-afd/> und <https://andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher/> (aufgerufen am 17.8.2018).

⁵¹ Zu Heises Verbindungen zum Neonazi-Terrorismus (NSU, Combat 18) vgl. u.a. <https://exif-recherche.org/?p=4399> (aufgerufen am 17.8.2018).

⁵² <https://andreaskemper.org/2017/04/19/zur-konstruktion-eines-zweiten-landolf-ladig/> sowie <https://andreaskemper.org/2015/03/15/wieviel-mpd-hockt-in-der-afd/> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁵³ <https://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Verwirrspiel-um-angebliche-Hoecke-Texte-1236840291> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁵⁴ <https://www.facebook.com/1413429268869128/photos/rpp.1413429268869128/2051569075055141/?type=3&theater> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁵⁵ <https://daserste.ndr.de/panorama/Hoecke-unterstuetzt-Haverbeck.hoecke120.html> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁵⁶ Weder die Nichterwähnung des Begriffs „Holocaust“ bei der Beschreibung des Grundes der Verurteilung Haverbecks, die Verwendung des Begriffs „Sachverhalt“ statt „Tatsache“ noch die Ähnlichkeit des von Höcke benutzen, in neonazistischen Kreisen populären Ausdrucks „Meinungsdelikt“ zum Begriff „Gedankenverbrechen“ (vgl. Orwells „1984“) dürften zufällig gewesen sein.

September 2018 wurde bekannt, dass Einwohner von Bornhagen eidesstattliche Erklärungen zu *engen persönlichen Kontakten* zwischen Höcke und Heise abgegeben hätten.⁵⁷ Mit Bild- bzw. Videoaufnahmen belegt ist außerdem, dass Höcke (damals noch unbekannter Gymnasiallehrer in Hessen, aber bereits in Bornhagen im Eichsfeld wohnhaft) am 13. Februar 2010 an der Großdemonstration („Trauermarsch“) von Neonazis zum „Gedenken“ an die Bombardierung Dresdens 1945 teilgenommen hatte.⁵⁸ Während seine damaligen Begleiter bis heute nicht identifiziert werden konnten, sprechen zumindest Höckes Positionierung in mitten einer offenbar größeren Personengruppe mit Thüringen-Flagge (!) in der damaligen Demonstration – im Video erkennbar nur wenige Meter von der Bühne entfernt – und seine Beteiligung an Sprechchören (Höcke mit ausgestreckter Faust: „Wir wollen marschieren!“) deutlich *gegen* ein *distanziertes Interesse* („... zusammen mit zwei Freunden ... um sich einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen“), das Höcke nach Bekanntwerden des Vorfalls zu seiner Rechtfertigung durch seinen Fraktionsmitarbeiter Torben Braga⁵⁹ verlautbaren ließ.⁶⁰ Braga ist Mitglied des Landesvorstandes der AfD Thüringen und Pressesprecher der „Jungen Alternative“. Er war 2015 Sprecher der Deutschen Burschenschaft⁶¹ und ist zusammen mit diversen Neonazis bzw. „Identitären“ (u.a. Philipp Stein⁶² von „Ein Prozent für unser Land“⁶³) und dem

⁵⁷ <https://www.zeit.de/2018/38/bjoern-hoecke-afd-neonazi-freundschaft-rechtsextremismus> (aufgerufen am 17.8.2018).

⁵⁸ Vgl. <https://hajofunke.wordpress.com/2017/02/13/sz-dresden-schon-2010-demonstrierte-hoecke-mit-nazis/> sowie <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/videos/hoecke-2010-bei-neonazi-aufmarsch-100.html> (aufgerufen am 17.8.2018). Auch Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka nahmen an dieser Demonstration teil (vgl. Weiß 2015: 114).

⁵⁹ Zu Braga vgl. auch <https://www.merkur.de/politik/eklat-torben-braga-schickt-burschenschaftler-innenausschuss-zr-5880533.html> (aufgerufen am 17.10.2018). Neben Braga beschäftigt die Thüringer AfD-Landtagsfraktion auch Jirka Buder, einen ehemaligen Funktionär der verbotenen Wiking-Jugend; vgl. <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2017/05/09/epiose-15-von-der-wikingjugend-zu-hoecke-ehemaliger-neonazi-funktionaer-arbeitet-in-der-thueringer-afd-fraktion/> (aufgerufen am 17.10.2018). Buder gilt als Grafikgestalter der provokanten Memes, die die AfD Thüringen fast täglich in den sozialen Medien veröffentlicht und die in der Vergangenheit wiederholt wegen ihrer islam- bzw. muslim_innenfeindlichen, migrant_innenfeindlichen oder LSBTTIQ*-entwürdigenden Inhalte kritisiert wurden.

⁶⁰ <https://www.tagesspiegel.de/politik/aufmarsch-am-13-februar-2010-in-dresden-bjoern-hoecke-seit-an-seit-mit-neonazis/19389230.html> (aufgerufen am 17.8.2018).

⁶¹ Eine der Reden zum Festkommers „200 Jahre Deutschen Burschenschaft“ 2015 in Eisenach hielt Götz Kubitschek, vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=a0LRE9gD86w> sowie <https://sezession.de/50184/200-jahre-urburschenschaft-festkommers-in-eisenach> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁶² Stein ist 2018 Sprecher der Deutschen Burschenschaft (vgl. ARD 2018); für ihn ist Deutschsein „nicht nur eine Frage des Passes, sondern auch eine Frage des Blutes“ (ebd.). Stein betreibt den Dresdner Verlag „Jungeuropa“ und ist der „neurechten“ Szene um Kubitschek und der Identitären Bewegung“ zuzurechnen. Er pflegt u.a. Kontakte zur italienischen „Casa Pound“, die sich offen zum „Faschismus“ bekennt. Zusammen mit John Hoewer, Referent für Inneres der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, und Michael Schäfer, einem ehemaligem Bundeschef der „Jungen Nationaldemokraten“ und Kameradschafts-Mitglied mit Verbindungen zum „Ku Klux Klan“, nahm Stein im April 2017 an einer Konferenz in Rom teil; vgl. <https://lsa-rechtsaussen.net/zu-gast-bei-faschisten-konferenz/> (aufgerufen am 17.10.2018). Im Sommer 2018 nahmen Stein, Schäfer und Julian Monaco, ein weiterer ehemaliger JN- bzw. NPD-Funktionär, an einer offiziellen Veranstaltung der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der AfD-Fraktion im Bundestag teil. Stein führte Schäfer und einen anderen ehemaligen JN-Funktionär dabei als „wissenschaftliche Experten für die Themen Asyl und Linksextremismus“ ein; er gehe davon aus, dass sie sich „gewandelt“ hätten (vgl. ARD 2018). Schäfer trat u.a. beim 8. „Rock für Deutschland“ in Gera im Juli 2010 auf und rief dabei zum „Widerstand“ auf: „um das was am Wackeln ist zu schubsen, um das was am Kippen ist zu stoßen – damit es Zeit wird für ein neues Deutschland, für ein anderes Deutschland, für unser Deutschland!“

aus Thüringen stammenden Markus Schreiber⁶⁴ in der Marburger Burschenschaft *Germania*.⁶⁵ Schreiber wiederum gilt als Mitglied der rechtsextremen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ bzw. der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), die jahrelang, so auch 2010, den Demonstrationzug in Dresden anmeldete.⁶⁶

Seit der gemeinsamen Großdemonstration von AfD, PEGIDA und der neonazistisch dominierten Initiative „Pro Chemnitz“ in Chemnitz am 1. September 2018, an der in großem Umfang auch Personengruppen teilnahmen, die eindeutig der gewalttätigen neonazistischen Hooligan- und Kameradschaftsszene zuzuordnen sind, wird der *Schulterschluss* zwischen AfD und „einschlägigen“ Rechtsextremisten auch stärker öffentlich diskutiert.⁶⁷ Weniger bekannt dürfte sein, dass mit Thomas Rudy MdL mindestens ein Vertreter der Thüringer AfD (!) bereits 2016 an einem Vernetzungstreffen zwischen PEGIDA, LEGIDA, der „Patriotischer Plattform“, „Pro Chemnitz“, „Offensive für Deutschland“, der Identitären Bewegung, ultrarechten Burschenschafts-Mitgliedern und der Bewegung „Wir lieben Sachsen e.V. / Thügida“ des Greizer Neonazis, ehemaligen NPD-Kreistagsabgeordneten und „Republikaners“⁶⁸ David Köckert (s.u.) teilgenommen hatte.⁶⁹ Auch bei den von der AfD Thüringen gemeinsam mit lokalen Rechtsextremist_innen („Bürger für Erfurt“) veranstalteten islam- bzw. muslim_innenfeindlichen Demonstrationen gegen den Moscheebau in Erfurt-Marbach waren Akteur_innen der NPD, der Partei „Die Rechte“ und von „Ein Prozent“ eingebunden (s.o.).⁷⁰ Thügida stellte in mindestens einem Fall die Veranstaltungstechnik.⁷¹ In der Nachfolge entfaltete *Thügida* auch eigene, weitaus provokantere Anti-Moschee-Bau-Aktivitäten in Erfurt (einschließlich einer „is-

(https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/07/23/nazirock-in-gera-%e2%80%99ewir-sagen-tod-vernichtung-diesem-roten-mob%e2%80%9c_4062 (aufgerufen am 25.10.2018).

⁶³ In Thüringen war „Ein Prozent“ u.a. in Schöngleina bei Jena aktiv und beteiligte sich an (bereits zuvor von lokalen, aus dem NSU-Umfeld bekannten Neonazis initiierten) Aktivitäten gegen die dortige Clearing-Stelle für „Unbegleitete Minderjährige Ausländer“ (UMA). „Ein Prozent“ drehte dazu einen Imagefilm (vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=AZzDQ28TMpE> aufgerufen am 07.12.2018).

⁶⁴ Schreiber wurde bei der Demonstration am 13. Februar 2010 in Dresden zusammen mit Holger Apfel, dem damaligen Vorsitzenden der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, gesichtet. Bei der Demonstration am 14. Februar 2009 lief Schreiber im „Thüringer Block“ mit.

⁶⁵ Vgl. u.a. <http://www.fr.de/rhein-main/germania-in-marburg-vertreter-der-neuen-rechten-treten-in-marburg-auf-a-1624489> <https://naziwatchmarburg.noblogs.org/warum-die-burschenschaft-germania-kein-naziproblem-hat-sondern-eines-ist/> (aufgerufen am 22.11.2018).

⁶⁶ <https://naziwatchmarburg.noblogs.org/warum-die-burschenschaft-germania-kein-naziproblem-hat-sondern-eines-ist/> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁶⁷ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/chemnitz-afd-pegida-kundgebung-rechtsextremismus> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁶⁸ <https://www.belltower.news/splitterpartei-die-republikaner-wird-zur-resterampe-fuer-gescheiterte-neonazis-49416/> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁶⁹

<https://www.facebook.com/GegenDieAlternativeFuerDeutschland/photos/a.414040782034323/798051553633242/?type=1&theater> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷⁰ <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2017/03/21/buerger-fuer-erfurt-ein-blick-hinter-die-kulissen/> (aufgerufen am 27.11.2018).

⁷¹ Zu weiteren Verbindungen zwischen AfD und rechtsextremen Organisationen und Personen vgl. u.a. <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2016/07/28/hintergrund-verbindungen-der-afd-zur-extremen-rechten-in-thueringen-13-beispiele/> (aufgerufen am 17.10.2018).

lamistischen Scheinhinrichtung“ als eine Art politischen ‚Impro-Theaters‘ am helllichten Tag in der menschengefüllten Innenstadt), die wiederum die Kritik der AfD hervorriefen.⁷² Bereits am 11.11.2016 jedoch hielt Köckert während einer Thügida-Kundgebung vor dem Thüringer Landtag in Erfurt eine „Karnevals-Büttenrede“, in der er die AfD Thüringen als „parlamentarischen Arm [seiner] Bewegung“ titulierte. Der anschließenden Aufforderung vonseiten der demokratischen Landtagsfraktionen, die AfD-Fraktion solle im Plenum zu dieser Äußerung Köckerts Stellung beziehen, kam diese nicht nach. Eine brisantes und bedeutsames Detail ist, dass Köckert – der sich recht unverblümt zum Nationalsozialismus bekennt, öffentlich vom angeblichen „Rassenkrieg gegen die Deutschen“ spricht, politischen Gegner_innen bzw. Journalist_innen mit Verfolgung nach der „Machtübernahme“ droht und mittlerweile das Symbol der sogenannten „Schwarzen Sonne“ der SS als *großflächige Gesichtstätowierung* trägt – selbst von 2013 bis 2014 ein *Gründungsmitglied der Thüringer AfD* war, bevor er austrat und in die NPD wechselte.⁷³ Köckert behauptete 2014, er sei von der AfD „maßlos enttäuscht“ gewesen und habe deshalb die Partei verlassen.⁷⁴ Die AfD – damals noch unter Bernd Lucke – hatte offenbar kein Problem mit Blood & Honour-Leuten wie ihm.

Im Oktober 2018 wurde Höcke, der als „völkischer Nationalist“⁷⁵ einzuschätzen ist und dessen Programmatik und Rhetorik (s.o.) erkennbar *faschistoide* Züge trägt (vgl. Quent / Salheiser / Schmidtke 2016: 53 ff.)⁷⁶, mit 84,4 Prozent der Stimmen erneut zum Spitzenkandidat der Thüringer AfD für die Landtagswahlen im Herbst 2019 gewählt.⁷⁷ Dies zeigt den *weit überwiegenden Rückhalt*, den Höcke trotz der Kontroversen um seine Person nach wie vor im Thüringer Landesverband der AfD genießt. Parteiinterne Kritiker_innen („Alternative Mitte“), die Höcke „Größenwahn“ vorwerfen und in einer Pressemitteilung vom 14. Oktober 2018 seinen „Rauswurf“ verlangten⁷⁸, forderte er selbst auf, „konstruktiv zu werden“ oder die Partei zu verlassen („abzuhauen“). Das Ziel dieses Vorstoßes ist offenbar, den Einfluss von Höcke-Kritiker_innen in der Landespartei zu minimieren.⁷⁹ Hin-

⁷² <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/scheinhinrichtung-david-koeckert-erfurt-100.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷³ https://www.focus.de/politik/deutschland/david-koeckert-sprach-von-rassenkrieg-das-ist-der-ex-npd-mann-der-auf-der-koethen-demo-hetzte_id_9569075.html (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷⁴ <https://www.endstation-rechts.de/news/ex-afd-mitglied-mit-neonazi-vergangenheit-heuert-bei-npd-an.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷⁵ Vgl. auch <https://www.ksta.de/kultur/historiker-wolfgang-benz--bjoern-hoecke-ist-bekennender-voelkischer-rassist--wie-hitler--31545002> (aufgerufen am 6.11.2018).

⁷⁶ Sein Weltbild und Politikverständnis hat Höcke selbst auch in einem Interview-Band (Höcke 2018) dargestellt; aufschlussreich sind darüber hinaus die detaillierten Analysen von Kemper (2016).

⁷⁷ <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/arnstadt-ilmkreis/hoecke-spitzenkandidat-afd-100.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷⁸ https://www.facebook.com/alternativemittethueringen/posts/296598721062917?_tn_ =K-R (aufgerufen am 17.10.2018).

⁷⁹ <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/arnstadt-ilmkreis/hoecke-spitzenkandidat-afd-100.html> (aufgerufen am 17.10.2018). Vgl. außerdem <https://www.thueringer->

tergrund der parteiinternen Kritik an Höcke gaben zuletzt u.a. dessen Äußerungen, der Präsident des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz, Stephan J. Kramer, sei „eine Schande für Thüringen und Deutschland“ (!), weil dieser die **Prüfung der AfD Thüringen als Beobachtungsfall des Verfassungsschutzes** angekündigt hatte.⁸⁰ Wenige Tage nach dem Landesparteitag der AfD in Gotha meldeten die Thüringer Print-Medien sowie der MDR, dass ein Mitglied des Landesschiedsausschusses, der Höcke von allen vormaligen Vorwürfen entlastet und den Parteiausschluss abgewendet hatte, im Oktober 2015 zusammen mit anderen Thüringer AfD-Mitgliedern⁸¹ eine „Reise zu Stationen des Lebens von Adolf Hitler“ unternommen und dabei für Fotos vor NS-Symbolen posiert hatte⁸²; mittlerweile habe die betreffende Person jedoch die AfD „freiwillig verlassen“. „Der Betroffene sei auf Anraten der Landesspitze [...] aus der Partei ausgetreten, sagte Höckes Co-Landesvorsitzender Stefan Möller.“ „Mit Nazi-Symbolen zu posieren, ist für Vertreter der AfD indiskutabel.“ (ebd.) Anders bewertete der frühere AfD-Landeschef Matthias Wohlfarth den Vorfall: „Diese Geschichte zeigt, dass Höcke von braunem Bodensatz umgeben ist.“ (ebd.). In der AfD Thüringen fanden sich in der Vergangenheit bereits zahlreiche andere Beispiele, die darauf hindeuten, dass Wohlfarth nicht Unrecht haben könnte; nur mit dem Unterschied, dass jene „Einzelfälle“ bisher nur wenig öffentliche Bekanntheit erlangten bzw. geringes Medieninteresse hervorriefen und *folglich* nur wenig (ernsthafte oder gespielte) parteiinterne Empörung oder sonstige Reaktionen auslösten (Abb. 6).

[allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Streit-in-Thueringer-AfD-Hoeckes-Vize-droht-Ausschluss-1165110454](https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Streit-in-Thueringer-AfD-Hoeckes-Vize-droht-Ausschluss-1165110454) (aufgerufen am 27.10.2018).

⁸⁰ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/thueringer-verfassungsschutz-will-afd-zu-prueffall-erklaeren-100.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁸¹ <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Neue-Nazi-Vorwuerfe-in-Thueringer-AfD-903726334> (aufgerufen am 22.10.2018).

⁸² <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Neues-Ausschlussverfahren-gegen-Hoecke-Entlastender-Richter-posierte-mit-Nazi-S-1300777082> (aufgerufen am 17.10.2018)

Abb. 6: Delegierter der AfD Thüringen mit „unverfänglichem“ T-Shirt der Nazi-Szene-Marke „Thor Steinar“ beim Bundesparteitag in Hannover im Dezember 2017⁸³
 (Quelle: Facebook / ake – antifaschistische koordinaton erfurt)



Beim Listenparteitag am 27. und 28. Oktober 2018 in Piffelbach, bei dem die AfD-Kandidaten für die Landtagswahl 2019 bestimmt wurden, machte dann Dr. Wolfgang Lauerwald, der Vorsitzende des AfD-Stadtverbands Gera von sich reden: Er „forderte in seiner Bewerbungsrede den ‚Sturz dieses Unrechtsstaats‘ und distanzierte sich von ‘Angela Merkel und anderen Volksverrättern’“⁸⁴. Am 1. November 2018 veröffentlichte Lauerwald dann eine Stellungnahme, mit der er der „Unterstellung“ (Braga) und „Medienhetze“ (Lauerwald) entgegenwirken wollte, er habe zum Systemsturz aufgerufen. Darin wiederholte er sein Zitat zum Systemsturz, betonte allerdings, dass er diesen „friedlich wie 1989“ gefordert habe und zog dabei Parallelen zu Horst Seehofers (CSU) umstrittener Äußerung von der „Herrschaft des Unrechts“ in Bezug auf die offenen EU-Binnengrenzen und die Asylpolitik der Bundesregierung unter Angela Merkel. Hier zeigte sich einmal

⁸³ Der Delegierte ist Beamter der Thüringer Polizei, allerdings sind sein Engagement im AfD-Kreisverband Kyffhäuser-Sommerwerda-Weimarer Land sowie die Teilnahme am Bundesparteitag der AfD privat. Vgl. <https://www.vice.com/de/article/7x7a8y/ein-thuringer-polizist-ragt-thor-steinar-sachen-im-dienst> sowie <https://haskala.de/2017/12/04/20018/> (aufgerufen am 19.10.2018).

⁸⁴ <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Thueringer-AfD-Mann-fordert-Sturz-dieses-Unrechtsstaats-1386284921> (aufgerufen am 29.10.2018).

mehr die rechtspopulistische Strategie, eigene Ideologeme, die in die „politische Mitte“ getragen und dort normalisiert werden, letztendlich zur eigenen ‚Entschuldigung‘ heranzuführen.

Seit dem brisanten Bekanntwerden des zu auffälligen Mitglieds des Thüringer Partei-schiedsgerichts wurde jedoch die parteiinterne Kritik lauter, da selbst AfD-Mitgliedern zunehmend ein *Glaubwürdigkeitsproblem* bewusst zu werden schien. Beobachter_innen der AfD spekulierten sogar über die Wiederaufröhlung des Parteiauschlussverfahrens gegen Höcke. Seiner übergroßen Popularität innerhalb des Thüringer Landesverbandes scheint dies nach wie vor keinerlei Abbruch zu tun. Auch Spitzenfunktionäre wie der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Thüringer Landtag, Stefan Möller, denen persönlich keine NS-Affinität bzw. rechtsextreme Kontakte nachgewiesen oder nachgesagt werden⁸⁵, wiesen jegliche Anschuldigungen gegen Höcke als „Diffamierungsversuche“ zurück.⁸⁶

Die ostentativen Abgrenzungsversuche der AfD gegen „jegliche Formen des Extremismus, natürlich auch des Rechtsextremismus“, wie sie beim zurückliegenden Landesparteitag auch von Höcke geäußert wurden⁸⁷, sind allerdings nur als Lippenbekenntnisse, als oberflächliche Reaktionen auf mediale Skandale zu bewerten. Mit anderen Worten handelt es sich dabei um eine fadenscheinige „Flucht nach vorn“ unter dem Eindruck der drohenden Beobachtung durch die Verfassungsschutzorgane, jedoch nicht um eine ernsthafte kritische und selbstkritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung. Am 3. November 2018 wurden Höcke und Möller auf dem AfD-Landesparteitag in Pfißelbach mit großer Mehrheit als Sprecher der AfD Thüringen im Amt bestätigt.⁸⁸ Angesichts der zeitgleichen Debatte um das erwähnte Gutachten zur möglichen Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz warnte Höcke seine Parteifreunde vor Panik („politische Bettnässerei“), wiederholte im gewohnten Duktus seine Angriffe auf das „politische Establishment“ sowie den Thüringer Verfassungsschutz-Präsidenten Kramer und kündigte rechtliche Schritte „notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof“ gegen eine mögliche Beobachtung an.⁸⁹ Allerdings war im Umfeld des Landesparteitags auch von „Zerwürfnissen“ in der Partei und großen personellen Auseinandersetzungen auf der Ebene der

⁸⁵ Vgl. allerdings <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2018/04/12/buergermeisterwahlen-in-erfurt-wie-die-afd-von-neonazi-netzwerken-unterstuetzt-wird-antisemitismus-moscheeprotest-und-ns-rassenwahn/> (aufgerufen am 29.10.2018).

⁸⁶ <https://afd-thueringen.de/2018/10/afd-thueringen-landesvorstand-weist-forderungen-nach-ausschluss-von-bjoern-hoecke-zurueck/> (aufgerufen am 18.10.2018).

⁸⁷ „Weiter sprach Höcke von ‚einigen wenigen Mitgliedern‘ der AfD, die ‚politisch abgeglitten‘ seien. Gegen sie werde vorgegangen, weil die Partei Extremismus verachte. Das gelte für Links- und Rechtsextremismus, religiösen Extremismus, für DDR- und NS-Folklore wie für ‚Regierungsextremismus‘.“ <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/arnstadt-ilmkreis/hoecke-spitzenkandidat-afd-100.html> (aufgerufen am 17.10.2018).

⁸⁸ <https://www.mdr.de/thueringen/afd-landesparteitag-pfißelbach-100.html> (aufgerufen am 4.11.2018).

⁸⁹ <https://www.n-tv.de/politik/Hoecke-warnt-AfD-vor-Geheimdienst-Panik-article20702999.html> (aufgerufen am 4.11.2018).

Thüringer Kreisverbände berichtet worden, denen u.a. mit Neugründungen bzw. Neugliederungen werden soll. Bei jenen Auseinandersetzungen spielten offenbar auch persönliche Animositäten und inhaltliche Auseinandersetzungen eine Rolle, bei denen sich die Akteur_innen auch immer wieder gegenseitig die Nähe zum Rechtsextremismus vorhalten.⁹⁰

Zumindest scheinen die Kontakte zur „Neuen Rechten“ um Kubitschek und deren Implikationen *in weiten Teilen* der Thüringer AfD bisher unhinterfragt geblieben zu sein. Sie zogen bisher keinerlei Konsequenzen nach sich. Gleiches trifft auf die bekannten Reden Höckes und anderer Exponent_innen (z.B. Gauland⁹¹) zu, die u.a. bei den „Kyffhäusertreffen“ des „Flügels“ gehalten werden und außerhalb der Partei wegen ihrer geschichtsrevisionistischen, antiliberalen und rassistischen Inhalte für Aufsehen und Empörung sorgen. In Hinblick auf das bevorstehende Wahlkampfjahr kann sogar noch eher von einer programmatischen Zuspitzung und rhetorischen Radikalisierung der AfD als von einer „Mäßigung“ ausgegangen werden. Allerdings dürfte Höckes emphatische Positionierung gegen „Rechtsextremismus“ (und Verfassungsfeindlichkeit) einer der Auslöser dafür gewesen sein, dass der Ex-AfDler Köckert⁹² sehr polemisch und provokativ zu einer Thügida-Demonstration in Höckes Wohnort Bornhagen (!) am 20. Oktober 2018 aufrief⁹³ – AfD-Landessprecher Möller bezeichnete diese Veranstaltung vorab als „unerträgliche, neuerliche Verletzung von Höckes Privatsphäre“.⁹⁴ Am Tag vor der geplanten Demonstration wurde diese von den – sichtbar erheiterten – Thügida-Funktionären um Köckert wieder abgesagt⁹⁵: Es hätte sich nur um eine „Warnung“ gehandelt, um daran zu erinnern, dass Höcke, dem spalterische Tendenzen (!) vorgeworfen wurden, seinen Erfolg

⁹⁰ <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Zerwuerfnis-in-der-Thueringer-AfD-Befriedung-aussichtslos-466164183> (aufgerufen am 5.11.2018).

⁹¹ Bemerkenswert war besonders Gaulands Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung im Eichsfeld im August 2017, in der er u.a. von einer „Entsorgung“ der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoguz sprach. Hier offenbarte sich nicht nur das in der AfD verbreitete grundsätzliche *Ungleichwertigkeitsdenken* gegenüber Mitbürger_innen mit Migrationshintergrund im Sinne einer Unterscheidung zwischen vermeintlich ‚echten‘ und ‚falschen‘ Deutschen („Das sagt eine Deutsch-Türkin.“), sondern gleichzeitig auch ein exkludierender und aggressiver Kultur-Chauvinismus: „Ladet sie mal ins *Eichsfeld* ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. *Danach kommt sie hier nie wieder her* [...]“ <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-traeumt-von-entsorgung-aydan-oezoguz-15171141.html> (aufgerufen am 17.10.2018; Hervorhebungen: KomRex).

⁹² <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/solidarit-t-mit-neonazi-k-ckert> (aufgerufen am 06.11.2018).

⁹³ <https://www.facebook.com/volksbewegungsachsen/videos/493568004481044/> (aufgerufen am 18.10.2018).

⁹⁴ vgl. <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Nazis-marschieren-bei-Hoecke-auf-AfD-kritisiert-Versammlungsbehoerde-1664569725> (aufgerufen am 18.10.2018).

⁹⁵ <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Thuegida-Demo-bei-Hoeckes-Haus-in-Bornhagen-abgesagt-795277424> (aufgerufen am 21.10.2018).

„Bürgerbewegungen“ (wie Thügida / „Wir lieben Sachsen“) und dem „Volk“ verdanke.⁹⁶ Tatsächlich erweckten Köckerts Drohgebärden den Eindruck einer blindwütigen *persönlichen* Abrechnung mit ehemaligen Weggefährten. Vermutlich war aber genau dieser Eindruck gewollt: Der AfD wurde durch Köckerts Schachzug die Gelegenheit geboten, sich noch dezidiierter und publikumswirksamer als „Partei der Mitte“ von „Rechtsextremisten“ abzugrenzen. Köckert, der nicht nur durch seine politische Biografie und sein Auftreten im übertragenen Sinne, sondern auch durch seine auffälligen Nazi-Tätowierungen wortwörtlich *stigmatisiert* ist, spielte den „bad guy“. In Vorbereitung des AfD-Wahlkampfes sowie zum Zweck, „bürgerliche“ Wähler_innen und Anhänger_innen weiter an die AfD als „Partei der Mitte“ zu binden und eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz abzuwenden, wurde ein „Schauspiel mit verteilten Rollen“ aufgeführt – ein durchschaubares Manöver unter dem soldatischen Motto „*Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen.*“ Mit einer möglichst lautmalerischen Ausschachtung durch Höcke⁹⁷ und Co. war also schon im Vorfeld zu rechnen. Die charakteristische Doppelzüngigkeit und Doppelbödigkeit der AfD Thüringen in diesem Zusammenhang zeigte sich bereits in der ersten Woche nach der angekündigten und wieder abgesagten Thügida-Demonstration in Bornhagen. Am 23. Oktober 2018 fand in Altenburg OT Kosma ein „Bürgerdialog“ mit Höcke und dem Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Robby Schlund (Wahlkreis Gera – Greiz – Altenburger Land) statt (Abb. 7). Im Publikum: *David Köckert*, der wohl kaum übersehen, nicht erkannt oder verwechselt werden konnte (s.o.). Offizielle Reaktionen der AfD Thüringen auf diesen Sachverhalt sind nicht bekannt. Derzeit sitzt Köckert wegen verschiedener Tatvorwürfe in Untersuchungshaft. Am 3. Dezember 2018 offenbarte sich, dass MdB Schlund in seinem Wahlkreis u.a. mit Christian Bärthel, einem „vorbestraften Antisemiten, Holocaustleugner, Reichsbürger“⁹⁸ zusammenarbeitet. Dass sich Schlund oder – zumindest sein_e Mitarbeiter_in für Öffentlichkeitsarbeit – der Brisanz dieser Tatsache bewusst war, zeigte sich im direkten Fotovergleich zwischen Schlunds und Bärthels Facebook-Einträgen zu einer gemeinsamen „bürgernahe“ Aktion (vgl. Abb. 8). Darüber hinaus gibt es weitere Hinweise für die Zusammenarbeit zwischen der Thüringer AfD und „neurechten“ Bürgerbewegungen. Beispielsweise wurde Andreas Sickmüller („Bürgerforum Altenburger Land“) für die Landratswahl 2018 von der AfD aufgestellt und unterstützt.⁹⁹

Abb. 7: Thügida „begleitet“ eine lokale AfD-Veranstaltung mit Höcke und Schlund
(Quelle: Facebook)

⁹⁶ <https://www.facebook.com/volksbewegungsachsen/videos/2174050099292650/> (aufgerufen am 21.10.2018).

⁹⁷ <https://www.facebook.com/1424631334444815/posts/2202820736625867/> (aufgerufen am 21.10.2018).

⁹⁸ <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10216697176797477> (aufgerufen am 03.12.2018).

⁹⁹ <https://buergerforum-altenburg.de/2018/03/16/afd-nominiert-andreas-sickmueller-als-landratskandidaten-fuer-das-altenburger-land/>



Dass auch prominente AfD-Politiker_innen aus anderen Bundesländern Kontakte zu Rechtsextremen in Thüringen pflegen, legte das Beispiel der schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Doris von Sayn-Wittgenstein (geb. Ulrich) nahe: Sie hatte ausgerechnet für den „Gedächtnisstätte e.V.“ *Gutmannshausen* geworben, war deshalb in die Schlagzeilen und anschließend in die Kritik ihrer Parteifreund_innen geraten.¹⁰⁰ Am 4. Dezember 2018 wurde die sogenannte „Fürstin“ aus ihrer eigenen Landtagsfraktion ausgeschlossen (!) – angesichts ihrer hohen Funktion wohl ein deutschlandweit *parteiübergreifender* Präzedenzfall.¹⁰¹ Am 17. Dezember 2018 wurde ein Parteiausschlussverfahren gegen Sayn-Wittgenstein angekündigt.¹⁰² Nur einen Tag später ging der nächste „Einzelfall“ durch die Medien: Petr Bystron MdB, bis zu seinem Einzug in den Bundestag im Herbst 2017 unter Beobachtung des Bayerischen Verfassungsschutzes und seither außenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, war auf Kosten des Bundestags nach Südafrika gereist, wo er an einem Schieß-Training (!) weißer Rassisten (Bystron: „Zivilgesellschaft“) teilgenommen hatte.¹⁰³

Abb. 8: Dr. Robby Schlund MdB und „Reichsbürger“ Christian Bärthel auf Facebook

¹⁰⁰ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus-afd-politikerin-unterstuetzt-verein-von-holocaust-leugnerin-15914058.html> (aufgerufen am 28.11.2018).

¹⁰¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/doris-von-sayn-wittgenstein-afd-fraktion-in-kiel-schliesst-landeschefin-aus/23716032.html> (aufgerufen am 04.12.2018).

¹⁰² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/doris-von-sayn-wittgenstein-afd-landesvorsitzende-parteiausschluss> (aufgerufen am 17.12.2018).

¹⁰³ <https://www.tagesschau.de/inland/bystron-103.html> (aufgerufen am 18.12.2018).

(links: Schlunds Facebook-Beitrag mit Verpixelung von Bärthels Gesicht, rechts: Bärthels eigener Beitrag; Quelle: Facebook / Katharina König-Preuß MdL)



Auf den Skandal um Sayn-Wittgenstein hatte der AfD-Bundesvorstand mit dem Entzug ihrer Mitgliedsrechte reagiert. Allerdings hob das schleswig-holsteinische AfD-Schiedsgericht den Beschluss am 10. Januar 2019 wieder auf. Unter anderem, weil selbst bei einer möglichen Holocaust-Leugnung (!) „nicht von dem Vorliegen eines erheblichen Verstoßes gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei“ auszugehen sei.¹⁰⁴ Es wurde außerdem bekannt, dass der AfD-Bundesvorstand den schleswig-holsteinischen Landesverband massiv unter Druck gesetzt hatte, um die umstrittene Spitzenpolitikerin loszuwerden.

Allerdings ist ein ähnlicher Umgang wie mit Sayn-Wittgenstein in Schleswig-Holstein – ob nun „Kosmetik“ oder Befreiungsschlag – für ostdeutsche AfD-Landesverbände und -Landtagsfraktionen, allen vorweg in Thüringen, *derzeit undenkbar*. Dass Höcke beabsichtigt, seinem politischen Stil und seiner Ideologie treu zu bleiben, deutete sich in seinem Redebeitrag im Plenum des Thüringer Landtags am 8. November 2018 an: „Ich kann nur sagen, wehe. Wehe, kann ich dazu nur sagen, wehe, wenn sich der Neobolschewismus mit dem internationalen Finanzkapital verbrüderet. Oder hat er das vielleicht schon getan? Wehe den Völkern dieser Welt.“¹⁰⁵ Hier sind Anleihen am Denken und der Wortwahl Adolf Hitlers deutlich erkennbar. Dieser schrieb in „Mein Kampf“: „Die Internationalisierung unserer deutschen Wirtschaft, d. h. die Übernahme der deutschen Arbeitskraft in den

¹⁰⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/niederlage-fuer-afd-vorstand-im-fall-sayn-wittgenstein-15982433.html> ((aufgerufen am 11.01.2019).

¹⁰⁵ Vgl. Protokoll (Arbeitsfassung) der 131. Plenarsitzung des Thüringer Landtags vom 8. November 2018, S.57; http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/69023/131_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf ((aufgerufen am 27.11.2018).

Besitz der jüdischen Weltfinanz, läßt sich restlos nur durchführen in einem politisch bolschewistischen Staat.“ (Hitler 1943: 702). Höcke wurde wegen seiner provokanten Äußerung noch in der gleichen Plenardebatte von Thüringer Landtagsabgeordneten der LINKEN und Bündnis90/Die Grünen scharf kritisiert.

6. AfD und „Neue Rechte“: gemeinsam gegen die demokratische Kultur der Bundesrepublik

Die AfD kann als bisher erfolgreichstes Projekt gelten, die offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft in der Bundesrepublik anzugreifen und einer autoritären, antiemanzipatorischen Politik größere Geltung zu verschaffen, in der beispielsweise universelle Menschenrechte ernsthaft zur Disposition gestellt werden können und mit Nachdruck Forderungen nach der Rückabwicklung von Gleichstellungserfolgen und Anerkennungsgewinnen ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten erhoben werden. Dabei ist es zwingend notwendig, das Projekt „AfD“ in seinen ideengeschichtlichen und gesellschaftstheoretischen Kontexten zu betrachten. Vor allem Ideologie-Produzent_innen, „Visionäre“ und „Vordenker“ wie Kubitschek, dessen Ehefrau, die Autorin Ellen Kositzka, und die von ihnen verlegten internationalen Autoren haben mit ihrer stark von *Carl Schmitt* – und „philosophisch“ von *Julius Evola* – beeinflussten „Metapolitik“ (Waldstein 2015) eine fundamentale gesellschaftliche Umgestaltung im Sinn – konkret: die Erringung kultureller Hegemonie im Staat und eine *reaktionäre Überwindung der liberalen Moderne*.

Die Langfristigkeit und notwendige Beharrlichkeit bei einer solchen, großangelegten Unternehmung (Thor von Waldstein spricht von einem „langen Marsch“¹⁰⁶) werden durch die Volatilität politischer Stimmungslagen, das skandalumwitterte „politische Tagesgeschäft“ sowie das scheinbare „Agenda-Hopping“ mancher Akteur_innen verschleiert – übergeordnetes Ziel ist allerdings die *nachhaltige* Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Die „Kulturrevolutionäre von rechts“ sind erst vor kurzer Zeit richtig aus der Deckung gekommen, als durch die Aufwallungen der sogenannten „Asylkrise“ und die intensivierten Migrations- und Integrationsdebatten die Gelegenheit dafür günstig schien. Außerdem fanden sich genügend geeignete *Multiplikator_innen* – zum Beispiel in der Figur des „charismatischen“ Redners oder der / des „unverbrauchten“ Politiker/in¹⁰⁷

¹⁰⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=iQSITNw3iDE> (aufgerufen am 17.10.2018).

¹⁰⁷ Für Höckes Zeit vor seiner AfD-Karriere ist – abgesehen von seiner Teilnahme an der Neonazi-Demonstration 2010 in Dresden und seinem Leserbrief an die Junge Freiheit, der große inhaltliche und stilistische Parallelen zu „Landolf Ladigs“ Texten aufweist – praktisch *nichts nachweisbar*, das auf eine Verbindung zu rechtsextremen Kreisen hindeutet. Die von Höcke beispielsweise in *Schnellroda* (s.o.) geäußerte Behauptung, er sei wie viele seine Mitstreiter von den „gesellschaftlichen Entwicklungen“ bzw. der „Sorge um unser Vaterland“ „in die Politik getrieben“ (o.ä.) worden, entspricht der bekannten autobiografischen Erzählung des „Volkstribuns“ und „Retters der Nation“, der als „einfacher“ Mann (in Krisenzeiten, im

(AfD), in der Figur des jugendbewegten, „eventorientierten“ (d.h. auch: gewaltaffinen) Aktivisten (IB) und in der Figur des Publizisten, der eine neue politische Heimat gesucht und gefunden hat (J. Elsässer, David Berger u.a.). Die Strategen im Hintergrund haben schon vor Jahrzehnten erkannt, wie zweckdienlich es ist, sich aus der vormaligen, auch selbstgewählten Umklammerung eines klar positionierten und bestimmbaren „radikalen“ Lagers zu lösen, ohne dessen Ziele tatsächlich aufgeben zu müssen. Kubitschek kokettiert häufig mit seiner (angeblichen) „elitären“ Distanz zu Parteien (vgl. Backes 2012), die ihm Unabhängigkeit und Flexibilität verschaffe – dass er jedoch die AfD „berät“ bzw. dass deren Protagonist_innen (u.a. der AfD-„Parteiphilosoph“ Marc Jongen¹⁰⁸ aus Baden-Württemberg oder der sachsenanhaltinische Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider¹⁰⁹ und dessen „Patriotische Plattform“) die Nähe zu Kubitschek bzw. dessen Umfeld suchen, ist kein Geheimnis. Ihr Duktus ist der seine; übernommen wurde vor allem die Art, den geteilten radikalen Ansichten durch begriffliche Kosmetik den Anschein der Seriosität und einer oft zynisch wirkenden Abgeklärtheit zu verleihen, um sich damit ein „bürgerliches“ Anhänger_innen- und Wähler_innen-Potenzial zu erschließen. Mit dem *Mainstreaming*-Programm der „Neuen Rechten“ wurde konsequent die ideologische *Irritation* und die *Umwertung* politischer Begriffe betrieben. Denn nur so gelang es, eine *Sammlungsbewegung* für Rechtsextreme, aber auch ideologisch wenig Gefestigte, Verstreute und Desorientierte nach den eigenen Vorstellungen zu formieren. Besonders Exponenten der „Identitären Bewegung“ frönen dafür einem bemüht „hippen“, fast post-

Schützengraben usw.) ein Erweckungserlebnis gehabt habe. Die hier ausgeführten Sachverhalte legen allerdings die *Vermutung* nahe, dass Höcke als „Reserve-Kader“ auf seine politische Rolle *langfristig und gezielt vorbereitet* wurde, um ihn dann zum angemessen erscheinenden Zeitpunkt in der politischen Öffentlichkeit zu positionieren. Diese Hypothese könnte auch auf andere AfD-Politiker_innen bezogen werden, wird sich jedoch nur begrenzt empirisch überprüfen lassen. Die triviale und tautologische Feststellung, dass *gelungene* Konspiration eben keine „Beweisspuren“ hinterlässt, ist Ausgangspunkt jeder Verschwörungsideologie. Im Gegensatz dazu gehen wir allerdings davon aus, dass die journalistischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Recherchen zum Hintergrund von AfD-Politiker_innen noch lange nicht abgeschlossen sind.

¹⁰⁸ https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY (aufgerufen am 17.10.2018).

¹⁰⁹ Tillschneider lehnt den 2016 verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschluss seiner Partei mit den „Identitären“ ab und hat seit 2017 sein AfD-Abgeordnetenbüro im Haus der „Kontrakultur“, einem Hausprojekt der „Identitären Bewegung“ in Halle/Saale (vgl. ARD 2018). Einige der Exponenten der „Kontrakultur“ sind gewaltbereite und vorbestrafte ehemalige JN- bzw. Kameradschaftsmitglieder, vgl.

<https://hosenrunter.noblogs.org/personen/kontrakultur-halle/> (aufgerufen am 24.10.2018). In seiner Rede beim „Kyffhäusertreffen“ 2018 des völkisch-nationalistischen „Flügels“ der AfD begrüßte Tillschneider die jubelnde Zuhörerschaft als „Kameraden“, sprach von der deutschen Vergangenheitsbewältigung als „Neurose“ und von einem „Stadium unüberbietbarer Perversität“, „Kastration“ und „Delirium des Nationalmasochismus“, gegen das man Widerstand leisten und den „Schleier der Lüge zerreißen“ müsse. Im Duktus von Joseph Goebbels folgten dann weitere schwärmerische, chauvinistische Einlassungen zur „Art des Deutschseins“, zum „Lebenswillen als Volk“ und den „vielen Feinden Deutschlands“. Vgl.

<https://www.youtube.com/watch?v=mEc5hpN9-yw> (aufgerufen am 7.11.2018).

modern anmutenden Eklektizismus, der z.B. mit einem, der Gothic- und Industrial-Szene entliehenen, „faschistoiden Chic“ kokettiert und sich eines eindeutig „rechts“ konnotierten Symbol- und Ideologie-Vorrats bedient, aber z.B. auch die *Marx*-Lektüre einschließt (Kaiser et al. 2018).¹¹⁰ Armutsbekämpfung, Lohngerechtigkeit und *Antikapitalismus* gelten als wichtige Anliegen – auch wenn viele „Freiheitliche“ eben mit dem „Sozialismus von links und von rechts“ (!) fremdeln und stattdessen einen „dritten Weg“ (!) proklamieren. In diesem Sinne soll „Querfront“ (Elsässer) bedeuten, das traditionelle Links-Mitte-Rechts-Spektrum auszuhöhlen und die demokratischen Gegner auszubooten, indem ihre populären Themen übernommen, diese mit den eigenen Themen amalgamiert und unterschiedliche Protest-Milieus zusammengeführt werden – und suggeriert wird, als *breite Volksbewegung die einzig wahre Alternative* zu den korrupten, selbstbezüglichen „Alt- und Systemparteien“ und „die letzte evolutionäre, friedliche (sic!) Chance für unsere Nation“ (Höcke) zu sein. Auch in diesem schlecht verhohlenen antipluralistischen, *totalitären Anspruch* besteht eine Übereinstimmung bzw. Kontinuität zwischen historischem „Nationalsozialismus“, „konventionellem“ „Rechtsextremismus“ und dieser Spielart des „neuen“ „Rechtspopulismus“.

Als Schlüsselfiguren der „Neuen Rechten“ haben sich Personen wie Kubitschek etabliert, die einerseits den liberalen „Zeitgeist“¹¹¹ verachten, „soldatische“ bzw. „männliche Tugenden“ verklären und eine „konservative Wende“ heraufbeschwören. Aus ihrer autoritären, antipluralistischen und völkischen Gesinnung machen sie keinen Hehl (vgl. Salzborn 2017, Weiß 2017). Bezeichnend ist ihre betont „kultivierte“, angestrengt intellektualistische und metaphorisch meist völlig überladene Ausdrucksweise, die Anleihen bei der Sprachästhetik Ernst Jüngers, vor allem aber Martin Heideggers erkennen lässt (Salzborn 2018). Mit schwülstig-raunendem Pathos werden entweder in schmalen Büchern, in Online-Kolumnen oder „Akademie“-Vorträgen das *Mythische*, das *Uneindeutige*, das *Grenzgängertum* und die experimentelle Innovation beworben. Kubitschek proklamiert, „in vermeintliche Sackgassen hineinzugehen und sie noch einmal zu kartieren. Die Stadtpläne stimmen nicht mehr: Viele Sackgassen sind Durchgangsstraßen. Wir benut-

¹¹⁰ Einer der Autoren, Benedikt Kaiser, ist ein ehemaliges Mitglied der verbotenen Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz“ (NSC). Quelle: <http://wachsam-in-chemnitz.de/rechte-strukturen-in-chemnitz/archiv/die-nationalen-sozialisten-chemnitz/anfuhrer-der-nsc/> (aufgerufen am 10.8.2018). Kaiser schreibt u.a. für Kubitscheks „Sezession“.

¹¹¹ Als ein Schlüsseltext der „Neuen Rechten“ kann bis heute der umstrittene Essay „Anschwellender Bocksgesang“ von *Botho Strauß* gelten, der zuerst in einer Kurzfassung am 08.02. 1993 im „SPIEGEL“ veröffentlicht wurde. Strauß umriss darin in der blumigen, metaphorischen Sprache des „Intellektuellen“ und „Literaten“ viele „neurechte“ Ideologeme – vom „verklemmten deutschen Selbsthass“ über die „Vereinigung eines verordneten mit einem libertären bis psychopathischen Antifaschismus“ der „68er“ bis zum „Rechtssein“ als „Akt der Auflehnung gegen die Totalherrschaft der Gegenwart“ und dem „Mut zur Sezession [!] vom Mainstream“. Die Veröffentlichung einer Langfassung des Textes erfolgte u.a. im Band 7 von „Der Pfahl – Jahrbuch aus dem Niemandsland zwischen Kunst und Wissenschaft“ (1993) sowie im von Heimo Schwillk sowie Ulrich Schacht herausgegebenen Sammelband „Die selbstbewusste Nation“ (1995).

zen sie und winken denen nach, die sich – wie schon immer – auf ihren Umwegen verlieren.“¹¹² Soweit die Selbstbeschreibung.

Eine erhebliche Problematik besteht in den politischen und gesellschaftlichen Reaktionsmustern auf die hier diskutierten Phänomene und Entwicklungen. Noch zu oft werden die mittlerweile fast inflationären Hinweise zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteur_innen auf „völkische“ und „national-soziale“ Umtriebe und *Querverbindungen zum Neonazismus* auch in einer breiteren Öffentlichkeit als alarmistische und intolerante „Diffamierungsversuche linker Ideologen“ wahrgenommen. Zwar werden einerseits rassistische Entgleisungen und das geschichtsrevisionsistische Gepolter von AfD-Politiker_innen durchaus als irritierend oder unappetitlich empfunden. Andererseits wird der Vorwurf der „inquisitorischen Beschneidung der Meinungsfreiheit“ und „ideologischen Umerziehungsversuche“ gegen das „politisch korrekte Lager“ auch von einigen demokratischen Akteur_innen erhoben, die damit ihre eigene Position in der „Mitte“ und ihre „Toleranz“ betonen wollen. Hier zeigt sich ein *bedenklicher Erfolg* der „neurechten“ Diskursverschiebung, die den *Konsens der Demokrat_innen* untergräbt und zum Beispiel zur fortschreitenden, pauschalen Stigmatisierung eines entschiedenen (aber deshalb nicht gewalttätigen!) *Antifaschismus* geführt hat, der eigentlich eines der unverrückbaren Prinzipien zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und aller in ihr lebenden Menschen sein sollte. Um der „Kulturrevolution von rechts“ etwas entgegensetzen zu können, muss deshalb – auch in Thüringen – eine sachliche Diskussion über die eingetretene Diskursverschiebung, die fortgeschrittene *Destabilisierung der demokratischen Kultur*, deren Ursachen, Kontexte und Folgen geführt werden. Dies schließt eine sehr kritische, analytische Auseinandersetzung mit der ideologischen Ausrichtung, der Programmatik, dem Personal und den Netzwerken der AfD ein. Eine Verfassungsfeindlichkeit der Gesamtpartei (nach der juristischen und staatswissenschaftlichen Definition) mag fraglich sein, doch die von der AfD ausgehende Demokratiegefährdung ist offenkundig (vgl. Bötticher / Kopke / Lorenz 2018).

Literatur

AfD Thüringen (2018): Leitkultur, Identität, Patriotismus: Ein Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur. Erfurt, April 2018. Online unter: <https://afd-thl.de/wp-content/uploads/sites/20/2018/05/Leitkultur-Identit%C3%A4t-Patriotismus.pdf>

ARD (2018): Die Story im Ersten: Am rechten Rand (Dokumentarfilm). Ausstrahlungsdatum 15.10.2018 (Das Erste). In der ARD-Mediathek bis zum 14.01.2019 verfügbar; online unter: <https://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Die-Story-im-Ersten-Am-rechten-Rand/Das-Erste/Video?bcastId=799280&documentId=56917974> (aufgerufen am 24.10.2018).

¹¹² <https://sezession.de/59010/neue-regeln-fuer-ueberlaeufer> (aufgerufen am 10.8.2018).

- Benoist, Alain de (2017): Kulturrevolution von rechts. Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Beyme, Klaus von (2010): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen. In: David Gehne / Tim Spier (Hrsg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Parteien und Parteiendemokratie – Der Stand der Forschung. Wiesbaden, S. 177–189.
- Bischoff, Joachim / Elisabeth Gauthier / Bernhard Müller (2015): Europas Rechte. Das Konzept des „modernisierten“ Rechtspopulismus. Eine Flugschrift. Hamburg: VSA.
- Bötticher, Astrid / Christoph Kopke / Alexander Lorenz (2018): Ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine verfassungsfeindliche Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte? In: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (JBÖS) 2018/19, S. 55–72.
- FES (2015): Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen (Hrsg.): „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“ Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Erfurt.
- Hitler, Adolf (1943): Mein Kampf. München: Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf.
- Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig (Politische Bühne. Originalton). Berlin: Manuscriptum.
- Holtmann, Everhard (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kaiser, Benedikt / Alain de Benoist / Diego Fusaro (2018): Marx von rechts. Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Kemper, Andreas (2014a): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert Stiftung: Forum Politik und Wissenschaft. März 2014. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf>
- Kemper, Andreas (2014b): Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren. Friedrich-Ebert Stiftung: Forum Politik und Wissenschaft. Dezember 2014. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>
- Kemper, Andreas (2016): „Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“: Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Erfurt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Online unter: http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thuringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf
- Kiess, Johannes (2011): Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, S. 240–262.

- Kubitschek, Götz (2007): Provokation. Schnellroda: Edition Antaios.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg: Murmann.
- Priester, Karin (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In: Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 533–560.
- Quent, Matthias / Franziska Schmidtke / Axel Salheiser (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen 2015. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW) im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Januar 2016. Online unter: <http://www.denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2016/02/Gef%C3%A4hrdungsanalyse.pdf>
- Reiser, Marion / Heinrich Best / Axel Salheiser / Lars Vogel (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383. Online unter: https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2018_mit_anhang.pdf
- Salzborn, Samuel (2018): Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Band 3, Juli 2018, S. 158–167. Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Salzborn.pdf
- Schönbohm, Jörg (2009): Politische Korrektheit – Das Schlachtfeld der Tugendwächter. Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Speit, Andreas (2018 / Hrsg.): Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Ullrich, Daniel / Sarah Diefenbach (2017): Es war doch gut gemeint: Wie Political Correctness unsere freiheitliche Gesellschaft zerstört. München: Riva.
- Virchow, Fabian (2006): Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Waldstein, Thor von (2015): Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. Schnellroda: Verlag Antaios, Reihe kaplaken, Bd. 46.
- Waldstein, Thor von (2016): »Wir Deutsche sind das Volk«. Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV des Grundgesetz in der „Flüchtlingskrise“. Schnellroda: Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe; 28 [Arbeitsgruppe 3: Zuwanderung und Integration].

- Waldstein, Thor von (2017): Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe? Schnellroda: Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe; 34 [Arbeitsgruppe 1: Staat und Gesellschaft].
- Weiß, Volker (2015): Die „Konservative Revolution“. Geistiger Erinnerungsort der „Neuen Rechten“. In: Martin Langebach / Michael Sturm (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten (= Edition Rechtsextremismus. Bd. 101), Wiesbaden: Springer VS.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wiedemann, Charlotte (1996): Die Themen der Rechten sind die Themen der Mitte. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Elefanten Press, S. 823–836.
- Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Zick, Andreas / Beate Küpper / Daniela Krause (2016/Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.

Autoreninformation

Dr. Axel Salheiser ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena. Außerdem ist er Mitarbeiter des Jenaer Zentrums für empirische Sozial- und Kulturforschung e.V. und Mitglied des KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Kontakt

axel.salheiser@idz-jena.de